

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Hans Marzahn, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Sabat, Magdeburg. Verlag von Bernhard Carbaum, Magdeburg. Druck von Franz Schlegel, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jachobstraße 49. Fernsprecher 1587. Redaktion: Dr. Mühlstraße 3. Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mt. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Restband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mt., 2 Exempl. 2.90 Mt. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mt., monatlich 70 Pf. Bei den Postämtern 2.50 Mt. inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Inserationsgebühr die sechsgehaltene Zeile 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 1889

Nr. 54.

Magdeburg, Mittwoch, den 5. März 1902.

13. Jahrgang.

Agrarisch-klerikale Bildungspolitik.

Die sonderbare „Beförderung“ des bisherigen Ministerialdirektors im Kultusministerium Dr. Kügler zum Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts ruft wieder die Erinnerung nach an die interessante dreitägige Schul- und Leutenot-Debatte im preussischen Abgeordnetenhaus im Februar 1899, in der Dr. Kügler bereits den Grund zu seiner jetzigen „Beförderung“ befestigt hat.

„Belegt“ kann man nicht sagen, das war schon viel früher von ihm geschehen; denn verhaftet war dieser keineswegs sonderlich liberale Mann der konservativ-klerikalen Mehrheit im preussischen Landtage schon so lange, wie er an der Spitze des preussischen Volksschulwesens stand. Schon 1891 hatte Windthorst, wie damals die „Köln. Volksztg.“ mit Stolz bemerkte, zu verhindern gewußt, daß Kügler zum Unterstaatssekretär befördert wurde, weil, wie das Centrumsblatt mit denunziatorischem Augenaufschlag hinzufügte, man Kügler im Ministerium „fürchte“.

Aber in eigentliche Gefahr geriet Kügler erst auf Grund der Debatte von 1899, und es ist wohl nur dem Ministerwechsel (Wolff-Studt) zuzuschreiben, daß die Folgen sich erst jetzt zeigen.

Da in diesen Tagen die Beratung des Kultusetats im preussischen Abgeordnetenhaus, wobei zum letztenmal Dr. Kügler sein Ressort vertreten wird, fällig ist, so wollen wir durch einige bezeichnende Citate aus der damaligen Debatte darauf aufmerksam machen, in welcher Weise heutzutage in der preussischen Volksvertretung Bildungsfragen behandelt werden.

Die Debatte schloß sich an eine Interpellation des liberalen Abgeordneten Camp, der die Chinesisch-Englische Halbtagsschulen und die Dispens-Englisch-Englische von der Sommerpause forderte, aber, so wie dieser tiefgründige Pädagoge, „unter voller Aufrechterhaltung der Ziele des Volksschulunterrichts“.

Der Centrumsagrарier Gram wünschte bei dieser Gelegenheit

„daß die Schulzeit abgekürzt und Schulkinder zum Gänsefüttern zugelassen werden. . . Wenn unsere ländlichen Arbeiter nur gut lesen, schreiben und rechnen können und sonst noch in der Religion und vaterländischen Geschichte unterrichtet sind, haben sie genug gelernt.“

Der freikonservative Abgeordnete Camp führte u. a. aus:

„Meine Herren, wir haben in weiten Gebieten für die Volksschule den sog. Halbtagunterricht, und ich habe nicht gefunden, daß die Kinder bei demselben irgendwie in ihrem Bildungsstande zurückgeblieben sind. . . Vom Standpunkt der Schulverwaltung ist ein solcher Halbtagunterricht sogar vorteilhaft.“

Auf diese Beschwerden und Wünsche hin nahm zum erstenmal der Ministerialdirektor Dr. Kügler das Wort, um zu zeigen, daß er sehr wohl die „Bedürfnisse“ der Landwirtschaft zu würdigen wisse; er kam den Agrariern sogar sehr weit entgegen, wie aus den folgenden seiner Ausführungen hervorgeht:

Wenn bei der Beratung dieses Antrages in der Kommission ein Bedürfnis hervortritt, daß namentlich gegenüber dem großen Notstand der gegenwärtig auf dem Lande hinsichtlich der Arbeitskräfte herrscht, die Unterrichtsverwaltung in irgend welcher Weise noch mit ihren Maßnahmen dahin helfen kann, daß dieser hoffentlich vorübergehende Notstand ohne Beeinträchtigung des Zieles des Volksschulunterrichts gemildert werden kann, so wird von der Unterrichtsverwaltung nichts unversucht gelassen werden, um zu diesem Ziele Ihnen zu helfen. (Bravo!) . . . Die Unterrichtsverwaltung wird in dieser Beziehung alles thun, um an ihrem Teil dahin mitzuarbeiten, daß der gegenwärtige Notstand vermindert wird. (Bravo!)

Nunmehr ergriff der Landwirtschaftsminister von Hammerstein das Wort, um seinen Kollegen vom Kultus anzugreifen in einer Weise, die in Preußen nicht gerade häufig ist. Er verstieg sich zu folgenden charakteristischen Sätzen:

Während früher die Lehrer bei mir zu Hause keinen Anstand nahmen, mit ihrem Vieh unter einem Dache zu leben, wie es der westfälische Bauer, selbst größeres Grundbesitzer allgemein thun, verlangt der Lehrer von der Schulgemeinde es jetzt anders. Dieser Entfremdung von den praktischen und wirtschaftlichen Interessen entsprechend sind aber auch die Anschauungen, die der Lehrer in der Schule vertritt, so daß viele Kinder den Begriff verlieren, wofür der liebe Gott sie auf das Land gesetzt hat, das sie dort ihr Unterkommen finden sollen. (Sehr richtig! rechts und im Centrum.) . . . Ja, meine Herren, wenn ich mir die Befehle

und alles, was da in den Schulen gelehrt wird, ansehe, so finde ich fast kein Unterrichtsmittel, welches dazu dienen soll und kann, den Kindern Liebe für ihren landwirtschaftlichen Beruf beizubringen, (Hört, hört!) sondern sie bekommen eine ganze Menge anderer Dinge zu hören, (Sehr richtig! Bravo!) die dafür nicht zu verwerten sind. (Lebhaftes Bravo! Sehr richtig!)

Er hatte den Agrariern aus den Herzen gesprochen, die nunmehr mit freiem Mute ihre Bildungspolitik vertreten.

Und der Centrumsabgeordnete Hohenseil flötete:

Wenn die Kirche in der rechten Weise einwirken kann, wird die Autorität befestigt, der Gehorsam gegen die staatliche und jede andre Obrigkeit. Wenn Sie das aber aus dem Spiele lassen, dann werden Sie mit dem bloßen Unterricht im Lesen und Schreiben, in den Realfächern, in der Naturlehre, der Mathematik und wie die Fächer alle heißen, es nicht erreichen. Das kann nur die Religion und das gute Beispiel des Lehrers und der Geistlichen, dem es nach wie vor gefattet sein muß, ja, der das Recht haben muß, den Religionsunterricht zu leiten und zu überwachen und die Kinder an das religiöse Leben von Jugend auf zu gewöhnen, damit sie später der Versuchung, die an sie herantritt, Widerstand leisten.

Gegen diese diversen Anpassungen regte sich nun endlich der letzte Rest von Liberalismus im Herzen des Ministerialdirektors Kügler, und er gab den Reaktionsären, dem Landwirtschaftsminister an der Spitze, folgende ziemlich unverblühte Antwort:

Aber wenn der Herr Vorredner nun sagt, „die Lehrer thun zu wenig, sie müßten ihre Kinder für die praktischen Arbeiten der Landwirtschaft vorbereiten“, so frage ich Sie, wie soll der Lehrer das machen? Soll er mit den Kindern zusammenarbeiten und ihnen die ländlichen Arbeiten beibringen? Ist das möglich? Ist es unmöglich? Wenn der Herr Vorredner sagte, von dem Lehrer erwarten, daß er Kindern in der Schule sagt, sie sollten nicht in die Stadt gehen, denn da verdienen sie nicht mehr, als sie auf dem Lande haben, meine Herren, so möchte ich eine solche Zumutung an die Lehrer nicht stellen. Denn, meine Herren, die erste Pflicht der Lehrer ist, wahrhaft zu sein gegenüber den Kindern (Sehr richtig! links) und nicht auszusprechen, was bei der eigenen Prüfung der Kinder sich als unrichtig herausstellt. (Lachen rechts.) . . . Meine Herren, man sollte doch nicht glauben, daß die Schule die Kinder mit Scheuklappen erziehen kann in unserer heutigen Zeit des Verkehrs. Wenn den Kindern Wunderdinge erzählt würden, wie schlimm es da draußen ist, wenn man über die Grenze des Dorfes hinausgeht, so würde schon die allgemeine Wehrpflicht, die Möglichkeit, die Eisenbahnen zu benutzen und in die Städte hineinzugehen, alle diese Befehreungen sofort ad absurdum führen. . . Man muß auch darin gerecht sein und sich eines gegenwärtig halten, daß das Abströmen der ländlichen Bevölkerung gerade darauf wesentlich mit beruht, daß die Landwirtschaft absolut außer Stande ist, so hohe Löhne zu zahlen wie sie in der Stadt gezahlt werden. (Widerspruch rechts und im Centrum.)

Man kann es verstehen, daß Herr Kügler sich gekränkt fühlen mußte, weil er sich in der That bewußt war, daß er hinsichtlich der Volksschule der Landwirtschaft so weit als irgend möglich entgegengekommen war. Das bestätigte ihm auch ein nationalliberaler Landwirt. Der Abgeordnete Seer sagte:

Die Herren beklagen sich, daß ihnen in Bezug auf die Schulferien nicht genügend entgegen gekommen ist. Darüber können wir nicht klagen, unser Landratsamt hat alle unsere Wünsche erfüllt und unser Kreisschulinspektor auch. Wir haben die Ferien gehabt zum Rübenbergiehen, wir haben die Ferien nachher für die Ernte und für die Kartoffelernte gehabt, und als später ein plötzlich eintretender Frost uns mit unseren Rüben in Gefahr brachte, da hat der Landrat auf die erste Anfrage wieder noch acht Tage Ferien mit dem Kreisschulinspektor vereinbart.

Wahrlich, das Entgegenkommen war weitgehend genug, und es charakterisiert um so schärfer den volkschulfeindlichen Geist unserer klerikalen und konservativen Agrarier, wenn sie damit noch nicht zufrieden waren.

Wenn Dr. Kügler jetzt gehen muß, so ist das nur ein Beweis mehr für die allerdings längst bekannte Thatsache, daß der jetzige Kultusminister Dr. Studt nicht einmal mehr die platonische Liebe für die Volksschule besitzt, die sein Vorgänger Dr. Wolff gern bei feierlichen Gelegenheiten beklundete.

Vom Dreiklassenparlament ist keine Hebung des preussischen Schulwesens zu erwarten. Wir müssen auch in dieser Beziehung unsere Blicke auf den Reichstag lenken. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, den 4. März 1902.

Deutschlands auswärtige Politik.

Bg. Berlin, 3. März. Der Reichstag beschäftigte sich heute mit der auswärtigen Politik. Zunächst wurde über den Etat der Expedition nach Ostasien verhandelt. Hier hat die Kommission von den laufenden Kosten 5 Millionen gestrichen und sie auf 20 Millionen bemessen.

Der Redner des Centrums, Abg. v. Hertling leistete sich das übliche Gerede über eine vernünftige Weltpolitik und richtete dann an den Reichskanzler eine Anfrage über das englisch-japanische Abkommen. Herr Richter sprach heute sehr matt. Er steht dem Militarismus ja nicht prinzipiell feindlich gegenüber, sondern bekriegt nur Einzelheiten. So sind ihm die Befestigungen in Ostasien zu groß und er rät zur Sparsamkeit angesichts der ungünstigen Finanzlage. Nach einer fannegiehernden Rede des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Gasse gab der Reichskanzler die übliche Antwort, die er immer in Dingen der auswärtigen Politik bei der Hand hat. Die Hauptsache ist, daß das Parlament nicht beurteilen kann, wann die ostasiatische Brigade zurückgezogen werden soll. Zunächst müssen die Forderungen der Regierung bewilligt werden und die Regierung wird ja sehen, wann es so weit sein wird, China zu räumen. Im Versprechen ist der Reichskanzler sehr munter; so versicherte er denn auch, daß ebenso wie die Regionen zurückgezogen seien, auch die Millionen von China gezahlt werden würden.

Genosse Singer erlaubte sich, hinter diese Hoffnung ein großes Fragezeichen zu malen. Er wies nachdrücklich darauf hin, daß das sicherste Mittel sei, um der Chinaromanik zu machen, die geforderten Kredite für die ostasiatische Expedition zu herbeizugewinnen. Aber dazu ist die Mehrheit im Reichstag nicht zu haben und so wird man sich mit dem Abstrich zufriedengeben müssen.

Beim Etat des auswärtigen Amtes hielt Genosse Dr. Stadnauer eine großangelegte Rede über unsere internationale Politik. Er kritisierte die Mode gewordene Neisepolitik und tadelte dann mit großer Entschiedenheit, daß Deutschland nicht auf freundschaftlichem Wege England veranlaßt habe, den Buren gegenüber die Bestimmungen der Haager Konferenz aufrecht zu erhalten. Er wies durch verschiedene Einzelheiten nach, wie sehr im südafrikanischen Kriege von den Engländern diese Bestimmungen verletzt wurden. Ebenso erklärte er es für eine Ehrenpflicht Deutschlands, sich der von den Türken bedrängten Armenier anzunehmen. In scharfen Worten besprach der Redner die Fortführung der Pekinger Instrumente. Hierfür erhielt er einen Ordnungsruf.

Graf Bülow's Antwort beschränkte sich auf Redensarten, er wiederholte seinen alten Wis, daß die Sozialdemokraten chinesischer als die Chinesen seien und lehnte im übrigen jede Entmischung in die Burenangelegenheit ab.

Genosse Ledebour erwiderte dem Reichskanzler und wies darauf hin, daß wir die Rückgabe der Pekinger Instrumente im Interesse der Ehre Deutschlands verlangten und nicht, um dem Nationalstolz der Chinesen zu schmeicheln. Mit großem Nachdruck trat Ledebour dafür ein, daß wenigstens die Frauen und Kinder der Buren aus den mörderischen Konzentrationslagern entfernt würden.

Morgen wird die Debatte fortgesetzt. —

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 3. März. Im Abgeordnetenhaus wurde heute zunächst der Etat der Ansiedlungskommission an die Budgetkommission verwiesen. Damit ist gesagt, daß der Etat diesmal vor Ostern nicht fertig wird. Es hätte einer ausdrücklichen Erklärung nach dieser Richtung seitens des Herrn von Arnim wirklich nicht bedurft. Wie es heißt, hat man auch in den maßgebenden Kreisen bereits beschlossen, die Osterferien am 20. oder 21. März einzutreten zu lassen und am 8. April mit der Aufarbeitung der Etatsreste wieder zu beginnen. Wenn der Etat bis zum 1. April nicht fertig ist, muß ein Notgesetz angenommen werden. Dieses wird denn auch schon nächstens eingebracht werden.

Die Vorlage betr. die Heranziehung der Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu den Kreisabgaben und das Provinzial-Dotationsgesetz wurden erledigt, ebenso die Vorlage betr. den Ankauf von Kohlenfeldern im Ruhrgebiet. Der Centrumsabgeordnete Imwalle hielt dabei eine Rede sozusagen aus dem Muzstopp, wie der Berliner Ausdruck lautet, indem er eine Reihe prinzipieller wichtiger Gesichtspunkte noch kurz vor Thoreschluß in die Debatte warf. Herr Imwalle äußerte Bedenken gegen die Verstaatlichung, weil man damit dem sozialistischen Zukunftsstaat näher komme. dann aber auch, weil ihm zu viel Leute in

die Abhängigkeit des heutigen Staates kommen, der sie bei den Wahlen beeinflusst. Letzteres wurde natürlich vom Minister Müller bestritten. Er unterschied zwischen amtlichen Wahlbeeinflussungen der Verwaltungsbehörden und persönlichen Beeinflussungen einzelner Beamter.

Eine lange Debatte gab es beim Etat der Verwaltung der direkten Steuern. Der Abg. Frhr. v. Zedlitz sprach über Reformen der Grundsteuer und Einkommensteuer, zog auch das Besteuerungsrecht der Kommunen in den Kreis seiner Betrachtungen. Herr v. Zedlitz gab über raschenderweise eine Belastung der großen Masse der Bevölkerung durch die bevorstehende Getreidezoll-Erhöhung zu und redete einer Entlastung der unteren Steuerstufen und stärkeren Heranziehung der reichen Leute das Wort. Der Minister widersprach der höheren Belastung des Konsums durch die erhöhten Zölle, erklärte aber, daß ihm der Zedlitzsche Gedanke sympathisch sei, wenn er auch den gegenwärtigen Zeitpunkt für eine Reform nicht gerade für geeignet hielt. Vielleicht erleben wir also eine Besteuerung der großen Einkommen mit 5 Prozent in Preußen.

Von Herrn v. Sigmund wurde — wie in früheren Jahren — über die zu häufigen Beanstandungen der auf Ehre und Gewissen abgegebenen Steuerdeklarationen Beschwerde geführt. Aus der Antwort des Ministers ging aber hervor, daß er das heutige System nicht zu ändern gedenkt, sondern weiter in Miquel'schen Bahnen wandeln will. Viel geredet wurde über eine kommunale Getränkesteuer. Der Minister erklärte es für ausgeschlossen, daß den Kommunen dieses Recht, Bier usw. zu besteuern, eröffnet werden könnte. Glücklicherweise, denn eine kommunale Getränkesteuer hat, wie die Rede des Herrn Ehlers zeigte, bis weit in liberale Kreise hinein Anhänger. Der Etat wurde erledigt.

Worin soll der Etat des Ministeriums des Innern zu Ende geführt und der Kabinetsetat begonnen werden. —

Deutsche Schwierigkeiten.

Die für heute vormittag erwartete Unterzeichnung der Zuckerkonvention in Brüssel ist noch nicht erfolgt, weil die deutschen Delegierten Schwierigkeiten machen. Ein Telegramm meldet uns darüber:

Brüssel, 4. März. Im letzten Augenblick erklärten die deutschen Delegierten auf der hiesigen Zuckerkonferenz, daß sie einige untergeordnete Punkte der Konvention nicht annehmen könnten und sich hierüber neuerdings mit ihrer Regierung verständigen müßten. Infolge dieser unerwarteten Haltung ist die endgültige Unterzeichnung der Konvention aufgeschoben worden. Einer der deutschen Delegierten ist nach Berlin abgereist, doch erwartet man seine baldige Rückkehr, um die Arbeiten der Konferenz zum Abschluß zu bringen.

Was mögen das für „untergeordnete Punkte“ sein? Sollten die Zuckergarden und ihre parlamentarischen Klopfschüler wie Baasche und Kardorff doch noch wieder die Regierung beeinflussen haben? —

Ein medizinischer Prozeß.

Wegen jahrlässiger Körperverletzung stand am Montag der bekannte Frauenarzt Professor Dr. Alfred Dührssen vor der 1. Strafkammer des Berliner Landgerichts I. Durch die Anklage wird dem Angeklagten zum Vorwurf gemacht, am 21. Oktober 1899 der 46 Jahre alten Frau des Regierungsbauführers N., die sich bei ihm einer Operation unterzogen, durch Fahrlässigkeit eine Körperverletzung zugefügt zu haben. Frau N., die von dem Dr. Paug behandelt wurde, litt an Sterilität. Sie wurde am 23. Oktober als

Kleines Feuilleton.

— Leo Tolstois Antwort an die schwedischen Nobel-Presefisker. Eine Anzahl schwedischer Schriftsteller, Künstler und Dichtern richtete bekanntlich im Anschluß an die vorjährige Verleihung des internationalen Literaturpreises der Nobel-Stiftung eine Aufregungsadresse an Tolstoi, worin sie ihrer Indignation Ausdruck gaben darüber, daß jener Ehrenpreis nicht ihm, Tolstoi, übergeben worden sei. Durch den leidenden Gesundheitszustand Tolstois hat sich die Antwort verzögert. Sie ist datiert vom 19. (4.) Februar 1900. Die W. N. W. geben sie wieder: „Liebe und werthe Kollegen! Ich bin sehr zufrieden, daß der Nobelpreis gnädig an mir vorübergegangen ist! Zum ersten wurde ich damit einer großen Sorge enthoben: nämlich eine geringere Verwendung für dieses Geld, das — wie jedes Geld im allgemeinen — nur Unheil zustande bringen kann, zu finden. Zum anderen verschaffte mir der Umstand, daß ich überzogen wurde, die besondere Freude, von einer großen Anzahl hochgeschätzter, wenn auch verhältnißmäßig nicht näher bekannter Personen eine so ehrenvolle Sympathiebekundung entgegenzunehmen zu dürfen! Empfangen Sie deshalb, werthe Kollegen, die Zusicherung meiner aufrichtigen Dankbarkeit und meiner besten Wünsche.“ Leo Tolstoi.

— Ein Klaus-Groth-Denkmal in Kiel. Auf Anregung des Oberbürgermeisters Fuhs und einiger Vorstände für die vaterländische Sprache hat sich in Kiel ein Ausschuss gebildet, um die Errichtung des Denkmals für Klaus Groth zu fördern. Der Ausschuss zählt 24 Herren aus Schleswig-Holstein. Die Kosten des Denkmals sind auf 25 000 Mark veranschlagt. Es ist ohne besondere Bemühungen 8000 Mark angegangen. Die Grundunterstützung Kiels bewilligte 5000 Mark.

— Ministerlicher Wandersmann für Schule und Haus. Die beiden Verlagsanstalten von H. G. Teubner und H. Voigtländer in Leipzig, die sich zur Herausgabe billiger Schülerausgaben zusammengethan haben, veröffentlichen soeben ein neues illustriertes Verzeichnis der Einzelbände. Danach sind bis jetzt 24 Bände erschienen, denen im Laufe des Jahres noch ebenso viele folgen sollen. Das Verzeichnis, das über das ganze von uns früher eingehend besprochene Unternehmen gut orientiert, ist kostenlos zu haben.

— Kleine Mitteilungen. Der Verein Berliner Presse-Verleger hat am Samstag die Stelle des Schriftführers Karl Kollrat mit sehr großer Mehrheit gegen einige zerstückelte Stimmen zum ersten Vorsitzenden gewählt. — Professor Gregor, der bekannte Zoologe, der jetzt als Leiter der englischen Südpolar-Expedition erwählt war, dem aber von dieser Stellung zurücktrat, weil dem wissenschaftlichen Führer nicht genügende Freiheit zugesprochen wurde, ist jetzt an die Spitze der geologischen Landesuntersuchung für den australischen Staat Victoria berufen worden, um diese zu reorganisieren. — Ueber den Cassern, ein Pfortenort von Georg Engel, hatte im Berliner Zeitungswesen einen lauten Streit. — Ueber einen Berliner Theater-Prozeß zwischen Direktor und Autor berichtet der Berliner Börsen-Courier: Otto von Zedlitz verlegte den Direktor des Hof-Theaters, Otto Reimann, auf Zahlung der Konventionalsumme von 1000 Mark und erbat die Herauszahlung. Das Hof-Theater hatte das Schauspiel „Die drei Söhne“ nach der dritten Aufführung abgesetzt, während noch das zweite Akt bei einer gewissen Durchführungsmaßnahme der letzten vier Aufführungen auf dem Theaterplatz stattfand. Die Sache wurde das Theater gar nicht ab.

Patientin 3. Klasse in die Klinik des Professors Dührssen aufgenommen. Der Assistenzarzt des Angeklagten, Dr. Obuch, nahm die Krankengeschichte auf. Professor Dührssen sprach die Patientin vor der Operation, die nur auf Beseitigung der Sterilität gerichtet war, nicht. Bei der Untersuchung entdeckte er eine bedenkliche Geschwulst; es ergab sich eine direkte Lebensgefahr für die Patientin und die Notwendigkeit, die Exstirpation rasch vorzunehmen, was denn auch geschah. Dem Angeklagten wird zum Vorwurf gemacht, daß er nach erfolgter Untersuchung und vor Beginn der Operation die Frau nicht darüber belehrt und sie nicht noch einmal aus der Narke habe erwachen lassen, um sie darauf aufmerksam zu machen, welche Gefahren und Komplikationen etwa entstehen könnten. Während das Gutachten des preussischen Medizinal-Kollegiums und das Ober-Gutachten der wissenschaftlichen Deputation dem Angeklagten ungünstig sind, gipfelten die Aussagen des als Sachverständigen benannten Dr. Frisch in den Worten: „Satte Professor Dr. Dührssen die Ueberzeugung, daß er hier operativ helfen könnte, so muß er nach seiner Ueberzeugung handeln!“ Der Staatsanwalt beantragt 300 Mark Geldstrafe, es erfolgt aber Freisprechung. —

Deutschland.

Berlin, 4. März. Die Konservativen des Abgeordnetenhauses bereiten einen Antrag, betreffend die Aufhebung der Wahl- und Schlichtsteuer in den Städten, wo sie noch erhoben wird, vor. —

Der preussische Minister des Innern hat einen Erlaß ergehen lassen, in dem es heißt, bei sachgemäßer Einrichtung und Leitung seien die „Verpflegungsstationen ein geeignetes Mittel, um den Strom der wandernden Arbeitslosen auf bestimmte Straßen einzuschränken und hier der notwendigen Ueberwachung zu unterwerfen, demgemäß den Belästigungen und Gefahren der Wanderbettelei und Vagabondage entgegenzuwirken und die Wandernden vor dem sittlichen Verfall zu schützen.“ — Auch eine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit! —

Reichstagsblätter. „Es ist vielleicht nicht unrichtig,“ so schreibt die „Nationalliberale Korrespondenz“ im unverfälschten Drehweiserstil, „wenn gesagt wird, daß die preussischen Stimmen im Bundesrat einstweilen für Verweisung von Anwesenheitsgeldern nicht zu haben seien. Ob aber hierin nicht mit der Zeit ein Wandel eintreten könnte, wird nicht leicht kurzer Hand bestritten werden dürfen. In der Politik gibt es kein „Niemals“. Sollte es dazu kommen, daß während der Sommervertretung des Reichstages die Posttarifkommission weiter sitzt, so bietet sich vielleicht Gelegenheit und ein nicht unwillkommener Anlaß, den gordischen Knoten der Diätenfrage mit einem Sieb zu lösen.“ — Von d. n. nahmen wir gestern keine der offiziellen Minister-Notiz. Da wir sie wiederfinden, so sei sie wenigstens mitgeteilt.

Reichsinvalidentage des Reichstages. Dem Reichstag ist ein Nachtrags-Etat für das Rechnungsjahr 1901 zugegangen, welcher aus den Mitteln des Reichsinvalidentages die Zuschüsse zum Dispositionsfonds des Kaisers um 335 250 Mark erhöht, um den Bundesstaaten für die letzten Monate des Jahres Mittel überweisen zu können zur Gewährung von Beihilfen an hilfsbedürftige Kriegsteilnehmer über die bisherige Zahl hinaus. Ende Dezember waren 8538 Mann, die zum Bezuge der Beihilfen anerkannt waren, wegen Unzulänglichkeit der bereitgestellten Mittel noch unberücksichtigt. In den drei Monaten Januar, Februar und März hat voraussichtlich ein Zugang um weitere 3861 Mann stattgefunden. —

Eine neue polnische Gymnasialenverbandschwörung? Dem „Poiener Tageblatt“ wird aus Osnien gemeldet: Vorgenommene Hausdurchsuchungen ergaben, daß hier eine geheime polnische Gymnasialenverbandschwörung besteht. Die Abiturientenprüfung wurde deshalb verlegt, vier Oberprimaner wurden von der Prüfung zurückgewiesen. Viele Bücher, Zeitschriften usw. wurden beschlagnahmt. Schrecklich! —

Düsseldorf, 3. März. Gestern fand in Köln-Lindenthal eine große Protestversammlung gegen die agrarische Haltung der Centrumspartei statt. Man beschloß, keinen Volkstreu bei den Neuwahlen zu wählen. — Das „volksfreundliche“ Centrum erhält jetzt bereits die Quittung für die von ihm beliebte Brotverteuerungspolitik. So bemerkt hierzu die „Volkzeitung“, der wir diese Notiz entnehmen. —

Hannover, 2. März. Gestützt auf die jüngst im Landtage bekundete Anschauung des Ministers des Innern, daß die Anwesenheit von Frauen als Zuhörerinnen bei Veranstaltungen politischer Vereine zulässig sei, hatte der hiesige Sozialdemokratische Wahlverein zu heute abend ein Winterbergnügen arrangiert, zu welchem auch Damen Zutritt haben sollten. Die hiesige Polizei denkt aber anders als der preussische Polizeichef und verbot deshalb die Gegenwart der Frauen. Aus dem Winterbergnügen mußte deshalb ein Herrenabend gemacht werden. Wie wenig überhaupt die Erklärung des Ministers von seinen Beamten beizufolgen ist, beweist auch die Anzeige des Bundes der Landwirte im hannoverschen Kreise Nienburg, wonach dieser am Dienstag in Nienburg eine General-Versammlung nebst Ball (sehr gut!) abhält. Gegen die Anwesenheit von Damen hat natürlich kein Landrat oder Bürgermeister in diesem Falle etwas. —

Koburg, 3. März. Der Landtag, der seit drei Tagen die von der Regierung eingebrachte Einkommensteuergesetzesvorlage berät, ist heute nach einer erregten Obstruktion in einen Verfassungskonflikt geraten und resultatlos auseinander gegangen. —

Chemnitz, 25. Februar. Das Stadiverordnetenkollegium beschäftigte sich gestern mit einem sozialdemokratischen Antrage, durch den der Stadtrat ersucht wird,

gemeinsam mit dem Stadverordnetenkollegium bei der Regierung und den Ständekammern dahin vorstellig zu werden, daß das bestehende Landtagsswahlrecht beseitigt und an dessen Stelle das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht eingeführt werde. Der Antrag wurde gegen 11 Stimmen abgelehnt. —

Frankreich.

Der 4. sozialistische Gesamtkongreß ist in Tours eröffnet worden. Etwa 1000 Vereinigungen sind vertreten. Die meisten Sozialistenführer sind anwesend. Unter anderem wird der Kongreß das Programm der sozialistischen Kammerkandidaten aufstellen und sich wahrscheinlich auch mit der Stellung Willebrands im Ministerium befassen. Jaurès, der bisher zu den eifrigsten Verteidigern Willebrands gehörte, erklärte in der „Revue Republique“, er würde es für den schlimmsten Fehler halten, wenn ein Sozialist in ein Ministerium eintrete. (?) —

Belgien.

Anarchistischer Wüßhump. ac. Die belgischen Merikalen haben in ihrem Kampfe gegen das allgemeine, einfache Wahlrecht Unterstützung gefunden bei den — Anarchisten. Diese haben in Lüttich — wo sie noch am stärksten vertreten sind und noch teilweise ihr Wesen in den sozialistischen Vereinen treiben — ein Flugblatt herausgegeben unter dem Titel „Der Kriminell“. Dieser „Verbrecher“, das ist das Volk, „welches über den Wahlen seine Bedrückung vergißt.“ Als Mittel, das Volk von den Bedrückern zu befreien, wird natürlich der „revolutionäre Generalkrieg“ empfohlen. Die Herren Anarchisten haben also an den Lehren von Barcelona noch nicht genug. —

Der Streit der Kohlenbarone.

welche die Gruben von Marihaye geschlossen, scheint an Ausdehnung zu gewinnen. In Seraing, in den Gruben von Fanny und Thier-Potet wurden Plakate angeheftet, welche die Schließung der Gruben androhen, so daß die Zahl der Ausgesperrten auf 1800 steigen würde. Diese angedrohte Maßregel hat nicht nur unter den Kohlenarbeitern, sondern auch in den Kreisen der von diesen abhängigen Kaufleute tiefe Unzufriedenheit gegen die Grubenbesitzer erregt. Viele Arbeiter sollen geneigt sein, die geforderte Mehrarbeit zu leisten, andere jedoch lehnen ab, da hierzu ihre physischen Kräfte nicht ausreichen.

Am Dienstag interpellierte der sozialistische Abgeordnete Smeets in der belgischen Kammer die Regierung wegen Schließung der Schächte von Marihaye. Er hob hervor, daß die Arbeiter erst kürzlich einen Streik von 2 1/2 Monat durchgemacht hätten, und eine Lohnverminderung von 10 Prozent, sowie die Ablegung von fünf Häuten annehmen mußten. Einige Tage nach Aufnahme der Arbeit zwang man die Arbeiter in einigen Flözen zu erhöhter Arbeitsleistung, in deren Schächten ließ man es jedoch beim alten. Dies war Grund, der die Häuer zu dem Beschluß provozierte, nur notwendigsten Arbeiten zu leisten, um Stürze zu vermeiden. Smeets sagt, daß die geforderte Mehrarbeit nur von wenigen besonders starken Arbeitern geleistet werden kann. Er bestritt den Besitzern das Recht, die Schächte zu schließen. — Surmont de Wolsberghe antwortet auf die Interpellation, daß die Schließung nur eine vorübergehende sein werde und daß die Regierung durch das Gesetz von 1810 behindert ist, sich einzumischen. —

Spanien.

Die Lage in Spanien ist trotz der scheinbaren Ruhe noch sehr ernst. In Barcelona, wo die Ruhe äußerlich zurückgekehrt ist, sind die Streitigkeiten der Metallarbeiter und der Fuhrleute mit den Arbeitgebern noch nicht beigelegt. Ebenso dauert der Generalkrieg in Hens, Sabadell, Gano und Hostafranc fort, doch hofft man, daß hier die Streitenden, wie in Saragossa und Tarragona zur Arbeit zurückkehren werden. Neuerdings sind Truppenverstärkungen nach Barcelona abgegangen. In Murcia ist der Generalkrieg ausgebrochen. —

Letzte Nachrichten.

(„Herald“, Deutscher-Bureau.)

„Sie sind unserer Freundschaft würdig.“ St. Louis, 4. März. Prinz Heinrich traf hier ein. Beim Frühstück, unter dem Vorsitz des Bürgermeisters, wurde ein Toast auf den deutschen Kaiser ausgebracht, worauf der Prinz sich erhob und die Ansprache erwiderte. Er dankte für die ihm erwiesene Gastfreundschaft und sagte weiter: „Sie wissen, wen ich hier vertretere, und ich will auch, daß Sie die Gründe meiner Reise kennen lernen. Der Zweck ist, die Freundschaft zwischen beiden Nationen noch mehr zu befestigen. Während meiner Reise konnte ich mich von der Größe Ihres Landes, von der Ausdehnung Ihres Handels und dem Charakter Ihrer Einwohner überzeugen. Sie sind unserer Freundschaft würdig. Deutschland ist immer bereit gewesen, Ihnen die Hand über den Ocean hinweg zu reichen und ist auch fernerhin gesonnen, dies zu thun. Deutschland ist andererseits immer zum Kriege gerüstet und eine solche Nation ist eben darum weniger herausfordernd. Unser Wunsch ist, mit jedermann gute Beziehungen zu unterhalten!“ —

Berlin, 4. März. Zwischen dem österreichischen und dem ungarischen Ministerpräsidenten finden, wie der „Börs. Cour.“ aus Wien meldet, demnächst wieder hochwichtige, möglicherweise entscheidende Konferenzen wegen des Zolltarifes und der Ausgleichsfrage statt, an denen vielleicht auch die beiderseitigen Fachminister teilnehmen werden. —

Budapest, 4. März. Die Demission des Handelsministers Hegedues bestätigt sich; der Kaiser hat dieselbe bereits angenommen und das Amtsblatt dürfte vielleicht morgen oder übermorgen dessen Enthebung und die Verleihung des Barontitels und gleichzeitig die Ernennung Horvaths zum Handelsminister publizieren. —

Deutscher Reichstag.

(156. Sitzung.)

Berlin, den 3. März 1902.

Am Bundesratsitz: Reichskanzler Graf Bülow, Frhr. v. Richtigshofen, v. Gohler.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Etats für die

Expedition nach Ostasien.

Die Beratung beginnt mit den einmaligen Ausgaben. Gefordert werden unter Tit. 1: Ausgaben bei der Verwaltung des Reichsheeres, a) einmalige Kosten 950 000 M., b) laufende Kosten 24 900 000 M. — Die Kommission beantragt zu bewilligen: a) einmalige Kosten 540 000 M., b) laufende Kosten 20 000 000 M. Ferner empfiehlt die Kommission eine Resolution, welche die verbündeten Regierungen ersucht, den an der Chinaexpedition beteiligten Offizieren, Beamten und Mannschaften Demobilisationsgeld zu gewähren.

Abg. Frhr. v. Hertling (Centr.):

Auch wir haben für die Expedition, die die Kommission vorsticht, gestimmt in der Annahme, daß der Wunsch, unsere Truppen mögen keinen Tag länger in Ostasien bleiben, als nötig ist, auch der Wunsch der Regierung ist. Die Weltpolitik muß in denjenigen Grenzen gehalten werden, die eine sorgfältige Berücksichtigung der einheimischen Bedürfnisse und eine gewissenhafte Abwägung der einheimischen Hilfsquellen zieht. Eine Politik, die sich in die Hände aller Welt einmischt, würde im ganzen Reichstag, aber auch bei der Regierung keinen Widerstand finden. Schließlich richte ich an den Herrn Reichskanzler die Anfrage, welches seine Auffassung über das englisch-japanische Abkommen ist. (Weißal im Centrum.)

Abg. Richter (Freis. Sp.):

Unsere Befassung ist zu groß im Verhältnis zu der Gesamtbefassung. Von der gesamten Kriegsausstattung haben wir ein Fünftel erhalten und dementsprechend mühten auch die weiteren Lasten nur zu einem Fünftel auf uns fallen. Tatsächlich haben wir aber die größte Befassung dort. Auch unsere Befassung in Schanghai ist zu groß. Wohin sollen wir kommen, wenn wir überall, wo überseeische deutsche Interessen mißsprechen, solche militärischen Befassungen hinlegen. Auf die Dauer widerspricht die Detachierung der Befassungsbrigade dem Grundgedanken unseres Heeresystems, das auf der allgemeinen Wehrpflicht beruht, während solche Befassungen auf die Dauer nur möglich sind auf Grund des Wehrsystems. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Haffe (natl.):

Wir brauchen das englisch-japanische Abkommen nicht ungünstig zu beurteilen, müssen aber in Ostasien mit Ausland zusammengehen. Ausland ist durch diesen Vertrag gezwungen, seine Außenkraft auf Ostasien zu lenken und muß deshalb auf alle europäischen Abenteuer verzichten. Die Befassung in Ostasien kann nicht eher zurückgezogen werden, als bis auch die anderen Mächte ihre Truppen zurückziehen. Dasselbe gilt auch für Schanghai.

Reichskanzler Graf Bülow:

Durch das englisch-japanische Abkommen wird in der Haltung der deutschen Politik nichts geändert. Weder in China noch Korea verfolgen wir irgend welche territoriale Zwecke. Wir wollen in Ostasien nur unseren Handel sicher entwickeln, dagegen haben wir kein Interesse daran, uns in die Kämpfe um die Herrschaft über die Gebiete nördlich und östlich des Golfes von Petchili hineinzuziehen zu lassen. Das Abkommen in Ostasien ist ein Abkommen, das die Interessen unserer chinesischen Politik. Neben der Ehrenpflicht, die deutschen Missionare in China zu schützen, haben wir ausschließlich wirtschaftliche Interessen. Das englisch-japanische Abkommen, das, soweit wir seinen Inhalt kennen, der Erhaltung des status quo in Ostasien dient, schädigt somit die deutschen Interessen in keiner Weise. Die Festsetzungen dieses Abkommens über die Selbständigkeit Chinas berühren Deutschland nicht. Wir haben, als wir das Abkommen kennen lernten, erwidert, daß das deutsch-englische Abkommen vom 16. Oktober 1900 nicht davon berührt werde. Der Grundgedanke der offenen Tür bleibt unverändert in Kraft. Die Behauptung der „Times“, daß wir auf Kosten anderer Länder Monopol- und Ausschließungsrechte in Schanghai anstreben, ist eine Entgegnung. Wir wollen in China überhaupt keine Extraterritorialität, sondern nur die gleiche Nation. — An dem Zustandekommen des japanisch-englischen Abkommens haben wir nicht mitgewirkt. England und Japan haben uns den Inhalt des Abkommens nach Abschluß desselben mitgeteilt. Wir stehen im Zeichen der Weltpolitik, die Bismarck, auf dessen Schuttern wir stehen, eingeleitet hat. Meine Auffassung der Weltpolitik hält ungefähr die Mitte zwischen der Definition des Abg. Richter und der des Abg. Haffe. (Heiterkeit.) Wenn Sie unter Weltpolitik die Tendenz verstehen, Hans in allen Gassen zu spielen, überall

die Finger hineinstecken, so bin ich ihr entschiedenster Gegner. Wir verstehen unter Weltpolitik, daß Deutschland gegenüber den immer größer werdenden überseeischen Interessen die Pflicht hat, diese Interessen zu schützen. Ob und in welchem Tempo die Befassungsbrigade in China vermindert werden kann, hängt von der nationalen Verständigung zwischen den beteiligten Großmächten ab. Ueber die Auflösung der provisorischen Regierung in Tientsin und die Rückgabe Tientsins an China, wogegen wir kein Bedenken haben, schweben diplomatische Verhandlungen. Interesse haben wir nur an der Weiterführung der Regulierung des Peiho, an der Offenhaltung des Wasserweges von der Mücke nach Peking. Die Befassungsbrigade wird nicht einen Tag länger bleiben, als es politisch geboten ist. Zur richtigen Zeit haben wir unter chinesischen Expeditionscorps auf den sechsten Teil vermindert. Hätten wir der Chinaanbidigkeit nachgegeben und unsere Truppen vorzeitig aus China zurückgezogen, dann würden wir anderen die vielleicht nicht unerwünschte Gelegenheit geboten haben, sich auf unsere Kosten bequem zu betten. Vom Standpunkt der deutschen Zukunft wäre ein vorzeitiger Rückzug ein großer Fehler gewesen. Erst nachdem unsere Mission in China erfüllt war, sind unsere Truppen zurückgezogen. Bis auf eine Brigade hat also Herr Richter seine Legion wieder und die Millionen werden auch noch kommen. (Heiterkeit.) Bei einem Vergleich mit dem Befassungs-corps der anderen Mächte darf nicht übersehen werden, daß wir nicht wie England in Indien und Hongkong und Frankreich in Longking Stützpunkte in der Nähe haben. Nach Schanghai haben wir eine Garnison verlegt, um an diesem wichtigsten chinesischen Handelsplatz die Bemühungen der anderen Mächte für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Yangtse-Fluß zu unterstützen. Unser Vorgehen hatte keine feindliche Spitze gegen irgend eine andere Macht. Kamentlich hat sich England seiner Zeit damit durchaus einverstanden erklärt. Durch vorzeitiges Zurückziehen dürften die guten Wirkungen der Befassung in Schanghai nicht in Frage gestellt werden. Es empfiehlt sich, sie vorläufig dort zu lassen. (Bravo! rechts, im Centrum und bei den Nationalliberalen.)

Abg. Singer (Soz.):

Aus den Worten des Reichskanzlers ergibt sich, daß man nicht den Reichstag darüber entscheiden lassen will, wann die ostasiatische Brigade zurückgezogen werden soll. Das fordert so die „Weltpolitik“, die aber nicht vom Reichskanzler, noch vom Bundesrat, sondern an einer ganz anderen Stelle gemacht wird. Bei dem englisch-japanischen Abkommen hat man den Eindruck gefaßt, als sei dabei die deutsche Politik eigentlich etwas über den Haufen gehoben; meine Freunde sehen indessen in dem Abkommen keine bedrohliche Erscheinung. Wir ziehen eine Politik der friedlichen Beschäftigung einer Politik der kriegerischen Entscheidungen vor. Wir können nur wünschen, daß sich der Reichskanzler von den Anschauungen des Herrn Haffe möglichst weit entfernt, der am liebsten die ostasiatische Brigade noch vergrößern möchte. Wir dürfen nicht überall in der Welt Militärlager errichten. Die ostasiatische Brigade ist nur der Anfang zu einer Kolonialarmee. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was giebt es Widerspruchsvolleres, als diese auswärtige Politik Deutschlands und die Zolltarifvorlage! (Sehr richtig! bei den Soz.) Wir haben das Chinaabenteuer von vornherein verurteilt und die Entwicklung der Dinge hat uns in dieser Anschauung nur bestärkt. Die deutschen Steuerzahler haben von den Opfern an Blut abgesehen, die Kosten dieses Abenteuers zu bezahlen. Eine solche Politik können wir nicht mitmachen. Wir werden die Ausgaben für die ostasiatische Brigade voll oder vergrößert auf alle Fälle ablehnen. Der Reichskanzler meinte, Herr Richter habe seine Regionen bereits wieder und die Millionen würden auch noch kommen. Wir wäre es lieber, der Reichskanzler würde die materielle persönliche Verpflichtung für die Wiedertehr der Millionen übernehmen. (Sehr gut! links.) Hoffen kann man leicht; damit macht man auch den bewilligungslustigen Parteien das Bewilligen noch leichter; aber verlangen kann der Reichskanzler nicht, daß man sich auf seine Hoffnungen verläßt. Schon bei der zweiten Ratenzahlung der Kriegsausstattung sollen sich Schwierigkeiten herausgestellt haben. Für die deutsche Finanzpolitik ist der Sperling in der Hand wertvoller als die Taube auf dem Dache. Wir ist jede Million Ersparnis in diesem Etat wertvoller als die Hoffnung des Reichskanzlers. Da die Mehrheit sich leider nicht entschließen wird, die ostasiatische Brigade durch Verweigerung der Mittel zu beseitigen, so werden wir dem von der Kommission beantragten Abstrich von fünf Millionen zustimmen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frese (Freis. Sp.):

sieht zwar nicht ein, daß durch den Abstrich von fünf Millionen tatsächlich etwas besonders Großes erreicht wird, will aber dafür stimmen. Der Titel 1 wird mit dem Abstrich genehmigt; ebenso Titel 2 und der Rest des Etats. Die Einnahmen werden an die Budgetkommission zurückverwiesen.

Es folgt der Etat für das

Auswärtige Amt.

Beim Titel „Staatssekretär“ liegt die sozialdemokratische Resolution vor, die den Reichskanzler ersucht, die aus Peking mitgeführte astronomischen Instrumente dorthin zurückzuführen zu lassen.

Abg. Dr. Haffe (natl.):

begrüßt die Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika, verlangt aber, daß sich Deutschland wirtschaftlich gegen Amerika wehre.

Abg. Münch-Ferber (natl.):

bedauert, daß trotz des einstimmigen Beschlusses des Reichstages noch immer nicht deutsche Handelskammern im Ausland errichtet worden sind.

Staatssekretär Frhr. v. Richtigshofen

hält solche Institute für wertlos.

Abg. Dr. Gradnauer (Soz.):

Der große Englandhasser, Herr Haffe, erhoffte von der Reise des Prinzen Heinrich eine Verbesserung der deutsch-amerikanischen Beziehungen. Durch solche Reisen von Monarchen oder ihren Angehörigen können aber die Beziehungen von Nationen zu einander nicht geändert werden. Diese Art Reisepolitik nimmt bei uns derart überhand, daß der Reichstag besser thäte, dagegen Stellung zu nehmen, als ihr eine Art Huldigung entgegenzubringen. Unsere Beziehungen zu Amerika hängen von ganz anderen Dingen ab. Gerade Herr Haffe, der doch ein Bureaufreund ist, sollte wissen, daß freundschaftliche Beziehungen der Herrscher auf die kulturellen Interessen der Völker nicht einen deutlichen Einfluß haben. — In Südafrika sind Dinge geschehen, die jeder Beschreibung spotten. Trotzdem der Reichskanzler im März 1900 erklärte, Deutschland fehle niemals, wo es sich um Humanität und Frieden handelt, hat Deutschland eine Haltung eingenommen, die diese Aussage geradezu als eine Unwahrheit erscheinen lassen muß. Graf Bülow machte später, im Dezember 1900, einen Unterschied zwischen einer Mediation und einer Intervention. Eine Mediation sei unmöglich, weil diese voraussetzt, daß beide Teile ihre Zustimmung geben. Wenn nur ein Teil dieses Einverständnisses wünscht, so sei es eine Intervention und die sei Deutschland aus bestimmten Gründen unmöglich. Diese Auffassung des Reichskanzlers über Mediation und Intervention ist aber vollständig unrichtig. In dem Abschnitt der Haager Konferenzakte, der über die guten Dienste und die Vermittlung handelt, ist keine Rede davon, daß eine Mediation von beiden freitenden Parteien acceptiert werden müßte. Jede Vertragsmacht hat das Recht, aus eigenem Interesse am Weltfrieden eine andere beteiligte Macht in freundschaftlicher Weise darauf aufmerksam zu machen, daß ihr Verhalten gegen die Haager Konferenz verstoße. Man hat in Bezug auf diese Angelegenheit ein Gefühl der Abstumpfung im deutschen Volke erregt; man glaubt mit ein paar schwächlichen Redensarten seine Schuldigkeit getan zu haben. Aber der Burenkrieg ist noch nicht zu Ende, und es ist noch heute die Pflicht jeder Partei, die für das Völkerrecht ein Empfinden hat, die deutsche Regierung auf den von mir bezeichneten Weg zu weisen. Worin bestehen denn eigentlich die Gefahren, die eine Einmischung in diese Dinge unmöglich machen? Die Regierung hält sich ja immer in diplomatische Geheimnisse, wenn es ihr un bequem ist, über irgend etwas Auskunft zu geben. In gewissen Kreisen scheint vielmehr keine Neigung zu bestehen, etwas zu thun. Wir stehen doch angeblich mit England in den besten Beziehungen. Dann kann doch eine freundschaftliche Einmischung nicht unmöglich sein! Eine etwaige Erfolglosigkeit seiner Bemühungen würde das deutsche Volk dem Grafen Bülow verzeihen. Der Reichskanzler hat ja in seiner diplomatischen Karriere genug andere Erfolglosigkeiten aufzuweisen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) In die Thatfache, daß sich trotz der Erklärung des Grafen Bülow die englische Regierung mit der bekannten Rede Chamberlains solidarisch erklärt hat.

Ich möchte ferner auf einige Vorkommnisse völkerrechtswidriger Art eingehen, zu denen die englische Kriegführung in Südafrika geführt hat. Proklamationen englischer Generale haben in Widerspruch zu Art. 46 der Haager Konvention Buren, die nicht zu einem bestimmten Zeitpunkt die Waffen niederlegten, mit Konfiskation des Eigentums gedroht. Ebenso völkerrechtswidrig war die Aufrechterhaltung des Treueid gegenüber den Buren gegenüber, völkerrechtswidrig ist auch die Einrichtung der sogenannten Konzentrationslager, die keine Justizanstalten, sondern unerbittliche Hilfsmittel sind, um die Buren zur Ergebung zu zwingen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso völkerrechtswidrig ist die Proklamation des Lord Kitchener vom 7. August vorigen Jahres, die Buren, welche nach dem 15. September noch Widerstand leisteten, für immer Verbannung androht. Das widerspricht dem Art. 20 der Haager Urte, in dem es heißt, nach dem Friedensschluß sollen Kriegsgesangene binnen kürzester Frist in die Heimat entlassen werden. Und alle diese Völkerrechtswidrigkeiten geschehen, ohne daß die übrigen

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Das Vergessen?

Elisab. Lothringen 1877—1900.

Roman von E. J. Cahn und E. Forest.

Aus dem Französischen übersetzt von Suzanne Brautigam-Romane.

(52. Fortsetzung.)

Dem Wunsche Luizens gemäß wurde die Hochzeit sehr still, sehr einfach gefeiert. Nur einige nahe Verwandten von Fritz wohnten dem Feste bei. Während der kurzen Feier, die auf die Trauung folgte, erschien unerwartet in großer Uniform ein Major aus dem Generalstabe, um den Neuvermählten die Glückwünsche des Großherzogs von Baden zu überbringen. Nach einer kurzen Ansprache, in der er über die im ganzen Lande so geachtete und dem Landesfürsten so ergebene Familie von Adlerskrast viel Gutes sagte, hestete er feierlich auf die Brust von Fritz den Orden des Fähringer Löwen.

Fritz sprach seinen tiefgefühlten Dank aus. Aber als die Eingeladenen sich verabschiedet hatten und er sich mit seiner Frau und seiner Mutter allein befand, nahm er das Kreuz, mit dem er geschmückt worden war, in seine Hand und sagte mit naivem Erstaunen:

„Es ist merkwürdig! Diese Auszeichnung, die noch im letzten Jahre für mich der Gipfel der Freude gewesen wäre und mich stolz gemacht hätte, läßt mich heute, ich weiß nicht warum, vollständig gleichgültig.“

„Das ist der Einfluß Deiner Frau,“ antwortete lachend seine Mutter. „Du verlierst schon die Achtung vor den hohen Behörden. Nimm Dich in Acht, in einem Jahre bist Du ein Republikaner.“

„Und Du,“ sprach er leise, „wirft hoffentlich Großmutter sein.“

XVII.

Die Neuvermählten verließen Karlsruhe gleich am Tage nach der Hochzeitsfeier. Die Hochzeitsreise, die sie zuerst geplant hatten, unterblieb. Sie zogen es vor, die ersten Tage ihrer Vereinigung, die ersten Tage, die ganz ihrer Liebe gehörten, im eigenen Heim allein zu zweien zu verbringen.

Die Fritz zu seiner Braut gereift war, hatte er eine schöne Villa in Longebille gemietet, da Luise vor dem Gedanken zurückschreckte, in der Stadt zu wohnen, inmitten der lothringischen Bevölkerung, die gegen die junge Frau wegen ihrer Heirat mit einem deutschen Offizier höchst erbittert war. Der Oberst gab den guten Gründen, die ihm sein Lieutenant vorbrachte, nach und erteilte ihm die Erlaubnis, außerhalb der Garnison zu wohnen. Fritz hatte sein Landhaus durch einen Tapezierer aus Nancy auf französische Art einrichten lassen.

Die Villa lag in Longebille an der Straße nach Metz. Sie war von einem großen Garten umgeben, an dessen Abhänge die Mosel dahinspülte. Dort in den schattigen Wegen, wo helle Sonnenstrahlen im grünen Laube spielten, in heinahe vollständiger Einsamkeit genossen Fritz und Luise, als sie nun endlich vereint waren, ihr Glück in vollster Heimlichkeit. Alle Tage schätzten sie einander mehr und mehr. In ihren Umarmungen vereinigten sich zwei verschiedene Stämme, zwei Willen, zwei Glaubensrichtungen. Sie verbrachten wonnige Stunden, indem sie sich näher kennen lernten.

Luise gab sich ganz der Freude hin, zu leben und zu lieben. Sie mied die Stadt. Oft betrachtete sie Metz von der Höhe einer Terrasse aus. In der Ferne breiteten sich die dicken Mauern der Wälle aus, die grünenden Hügel, die für den Fall des Krieges aufgeworfen waren, die Landschaft, die der Festungsarbauer Vauban umgestaltet hat. Die Geschichte der alten Festung flößte Luise eine Art Abscheu ein. Sie hätte die Zugbrücken nie mehr überschreiten und

stets zwischen sich und der Stadt die benachbarte Ebene lassen wollen, die finsternen Festungswerke erschienen ihr wie Rüberhöhlen.

Doch sie konnte sich nicht ganz von Metz fernhalten. Sie mußte Einkäufe besorgen, ihre Lieferanten benachrichtigen und Kleider und Güte bestellen.

Da der Urlaub ihres Mannes zu Ende ging, konnte sich Luise nicht länger verdecken. Sie mußte an die offiziellen Besuche denken, bei dem General, dem Obersten, bei allen Vorgesetzten und bei den verheirateten Lieutenants. Diese Neußerlichkeiten waren eine unabwiesbare Pflicht, voller Sorgen für die Gegenwart, voll peinlicher Aussichten für die Zukunft.

Eines Morgens faßte sich Luise ein Herz. Fritz ließ seinen englischen Wagen anspannen und beide fuhren nach Metz. Als sie die ersten Häuser erreichten, empfand Luise eine große Schüchternheit, beinahe schämte sie sich. Ihr Herz schlug heftig. Es war das erste Mal, daß sie sich mit ihrem Manne, der die Uniform trug, in der Stadt zeigte. Sie zitterte vor Angst, ihrem Vater zu begegnen, ihrer Mutter, ihren Freundinnen, ja selbst Fremden, die sie kannten. Als sie auf den Straßen die Vorübergehenden bemerkte, die sich beim Geräusch des Gefährtes umwandten, errötete sie vor Verwirrung und schloß die Augen, um nichts mehr zu sehen.

Fritz und seine Frau wollten zusammen in das Geschäft „Billes de France“ gehen, um einige Möbelaufkäufe zu besorgen, und von da in die Delikatesswarenhandlung von Motrier.

Doch als der Wagen in der Nähe des großen Ladens hielt, fand Luise nicht den Mut, mit ihrem Mann hineinzugehen.

„Bitte,“ sagte sie, „ermarte mich vor dem Justizpalast. Ich möchte lieber allein hineingehen... für heute.“

Fritz, der recht wohl den Gemütszustand seiner Frau verstand und sich durch tausend zarte Aufmerksamkeit

Regierungen den Mut finden, ein offizielles Wort gegen den Bruch des Haager Abkommens einzulegen. Ich frage den Herrn Reichskanzler, wie er über diese Verletzung bestehender Verträge denkt. Es ist eine Pflicht des Reichstags zu verlangen, daß die Regierung sich über diese Dinge äußere.

Es erscheint mir als eine Ehrenpflicht, hier die Behandlung der Armenier in der Türkei zur Sprache zu bringen. Trotz des Memorandums, daß 1894 England und Rußland an die Türkei gerichtete, haben die Massacres und Grausamkeiten immer zugenommen. Ungeheure Enttötungen finden statt, Dörfer werden verbrannt, Frauen und Kinder nicht gesont! Und in der Türkei ist keine Fuzung, Nothilfe zu schaffen; jeder armenische Weiswerdesehrer wird als Hochverräter bestraft. Deutschland hat besonders Pflicht, dazu Stellung zu nehmen, da der Kaiser erst vor kurzem die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei betont hat.

Was die Rückführung der Pekinger Instrumente betrifft, so habe ich mich sehr gewundert mit welcher Naivität die „Nordd. Allg. Zig.“ den Bericht der chinesischen Regierung als Grund mitgeteilt hat für die Befreiung der Instrumente. Die Chinesen werden vielmehr gesagt haben, „Bekahlet die Instrumente nur als Denkmal der Schande!“

Präsident Graf v. Helldorf: Der Ausdruck: „Denkmal der Schande“ auf eine That der deutschen Regierung verweist gegen die Ordnung des Hauses. Ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Gradnauer: Die Verpflichtung gegen uns selbst sollte uns zwingen, das gefessene Unrecht wieder gut zu machen. Die Völkerverrechtswissenschaftlich ist sich einig darüber, daß eine solche Wegnahme von Gegenständen der Kunst und Litteratur unerlaubt ist. Die Instrumente sind in Sanssouci aufgestellt, also, wie es scheint, in dem Privatbesitz einer Persönlichkeit. Wo sind denn die Instrumente eigentlich verrecknet worden? Sie müssen doch bei den Geldern verrecknet werden, die China an Deutschland schuldet. Auch die altchinesischen Bronzekanonen sollten aus Deutschland fortgeschafft werden. Es ist eine hohe Pflicht des Reichstags, eine solche Völkerverrechtswidrigkeit aus der Welt zu schaffen und sich keine Rechtfertigung zu schulden kommen zu lassen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Graf v. Bülow: Die Art und Weise, wie der Vorredner über die Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika gesprochen hat, war bedauerlich, zumal im Hinblick auf die schöne Aufnahme, die der deutsche Prinz bei dem amerikanischen Volke gefunden hat. (Sehr richtig! rechts.) Die Reise des Prinzen Heinrich verfolgt keine bestimmten politischen Ziele, der Zweck, den wir erstreben, ist nur die Aufrechterhaltung der traditionellen guten Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika, wie sie bestehen seit den Tagen des großen Friedrich und des großen Washington. Das deutsche und das amerikanische Volk haben allen Grund, sich gegenseitig zu achten und auf der Grundlage voller Gegenseitigkeit in Freundschaft miteinander zu leben. Das deutsche Volk verfolgt mit lebhafter Begeisterung die gaffreie und ritterliche Aufnahme, die Amerika dem Bruder des deutschen Kaisers bereitet. (Bravo! rechts.)

Was die Pekinger Instrumente anlangt, so hat Abg. Dr. Gradnauer sich wieder chinesischer bewiesen als die Chinesen. (Sehr richtig! und Heiterkeit rechts.) Die Kaiserin-Witwe von China, eine sehr intelligente Dame, würde sich zweifellos durch eine Zurücksendung der Instrumente höchst verletzt fühlen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Instrumente sind unter voller Zustimmung der chinesischen Regierung in unseren Besitz übergegangen.

Weiter ist der Abg. Gradnauer auf unsere passible, d. h. neutrale Haltung im südafrikanischen Kriege eingegangen. Zweierlei Möglichkeiten des Einwirkens auf England bezüglich des Burenkrieges waren gegeben. Erstens die Ausrufung des Haager Kriminals, die auch seitens der Buren erfolgt ist, aber leider keinen Erfolg hatte. Der zweite Weg war der der Mediation. Von keiner Macht aber ist gegen den Krieg und das Verhalten Englands irgend welcher Einspruch erhoben. Wir haben keinen Anlaß, eine führende Rolle in dieser Frage zu übernehmen. Ginge es nach dem Abg. Gradnauer, so müßten wir unsere Finger in jede Ritze stecken. (Lachen links.) Dann hätten wir uns nicht nur in die südafrikanische Angelegenheit, sondern auch in die armenischen Wirren und sogar in der Philippinensituation einmischen müssen. Wir wollen aber nicht ohne Not Dampf in allen Gassen sein. (Lachen.) Ich habe von meinen früheren Aeußerungen nichts zurückzunehmen, will aber auch nichts hinzufügen. (Beif. Beifall rechts.)

Abg. Frese (Freis. Zg.): bejwörtet Handelskammern im Ausland.

Abg. Ledebour (Soz.): Der Reichskanzler hat die Rede des Abg. Gradnauer falsch aufgefaßt. Wir wollen die freundschaftlichen Beziehungen zu Amerika nicht tödten, erbliden aber in der Prinz Heinrich-Reise nichts anderes als die Reise eines Ceremonienmeisters. (Sehr gut! links.) Zur Person des Prinzen Heinrich haben wir zudem kein besonderes Vertrauen. Er war auch in China und bald darauf hatten wir die chinesischen Wirren. Zu den Maßnahmen gegen Amerika rechnen wir den Zolltarif. (Mha! rechts.) Dieser Zolltarif muß wirtschaftliche Bestimmungen in Amerika hervorbringen. Diese haben größeren Einfluß als Bringenreisen und alle

Beziehungen, mögen sich auch noch so viele Milliarden daran berechnen. — Die Rückgabe der Pekinger Instrumente fordern wir nicht, um dem Nationalstolz der Chinesen zu schmeicheln, sondern im Interesse der eigenen Ehre Deutschlands. Damit entfällt für uns der Vorwurf des Chinesentums. Wir wahren die Ehre Deutschlands mehr als der Reichskanzler und seine Regierung. (Lachen rechts.)

Wenn man sagt, die Kaiserinwitwe würde sich durch die Rückgabe der Instrumente verletzt fühlen, so ist das der Standpunkt eines chinesischen Ceremonienmeisters, nicht aber eines deutschen Staatsmanns. Ich glaube an ein solches Verleihen der Kaiserinwitwe nicht. Wenn wir auch noch immer nicht den Urheber der glorreichen Fortnahme kennen, so kennen wir doch den Empfänger des Denkmals, das der Präsident nicht ein Denkmal der Schande genannt wissen will. (Große Heiterkeit.) Im Part von Sanssouci zeigt man heute die Mühle als ein Zeichen der Gerechtigkeit preussischer Könige. Die Instrumente wird man nicht als ein solches Zeichen zeigen können. (Sehr gut! links.) Ich hoffe, daß Sie unsere Resolution annehmen werden und nicht das Denkmal in Sanssouci lassen werden, das der deutschen Politik zur Unehre gereicht. (Sehr gut! links.) Der Reichskanzler hat Gradnauer vorgeworfen, er treibe Weltpolitik & ontance. Er hat doch aber nur freundschaftliche Einwirkung auf die englische Regierung verlangt. Noch ist es nicht zu spät, wirklich kulturelle Fortschritte bei England zu vertreten. In Belgien hat man ausdrücklich das Bedauern ausgesprochen, daß man nichts thun konnte, weil sich die übrigen Großmächte so still verhalten. Was man in Belgien gethan hat, hätte man in Deutschland viel eher thun müssen.

Die von mir bereits früher erhobene Forderung, die Regierung möge intervenieren, damit die Frauen und Kinder aus den Konzentrationslagern entfernt werden, ist leider von den angeblich so humanfreundlichen Parteien nicht unterstützt worden. Gerade jetzt aber wäre der geeignete Moment, eine solche Intervention anzuregen, denn Lord Kitchener hat auf eine Weisweise des Bureaugenerals Botha erwidert, er werde sich glücklich schätzen, der Sorge für die Frauen und Kinder entzogen zu sein. Man könnte das ja als Gohr ansehen, aber ich meine, wir sollten die Sache ernst nehmen und alles thun und die englische Regierung ihrem Wunsche entsprechend glücklich zu machen. Die Sozialdemokraten aller Länder — auch in England — sind einig in der Verurteilung dieses kapitalistischen Raubzuges, der die Entnationalisierung eines ganzen Volkes zum Ziele hat. Die Sozialdemokratie, obgleich international, verteidigt dennoch das Prinzip der Nationalitätsunterschiede, das Recht eines jeden Volkes auf seine Nationalität. Darin aber, daß wir überall in der Welt dieselbe internationalität und dieselbe nationale Politik treiben, liegt unsere Siegesgewißheit über alle alldeutschen und halafrikanischen Missingereien. (Bravo! bei den Soz.)

Hierauf verlegt sich das Haus. Nächste Sitzung: Dienstag 1 Uhr. Nachtragsetat für die Veteranen, Fortsetzung der heutigen Beratung. Schluß 6 Uhr.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 4. März 1902.

Nochmals der Rechenkünstler des Magistrats.

Wie wir bewiesen haben, ist es unmöglich, die Verteilung der drei Abteilungen zu den Stadtverordneten-Wahlen wieder auf den Stand von 1891 zu bringen, weil selbst das bestehende Gesetz — ohne besonderes Ortsstatut — den Reichsten eine größere Macht einräumt, als ihnen im Jahre 1891 auf Grund des alten Gesetzes zukam. Nur der Rechenkünstler des Magistrats ist der Meinung, daß man, um den Stand vom Jahre 1891 zu erreichen, das qualifizierte Durchschnittsprinzip durchzuführen müßte.

Dieser seltsame Statistiker wird vermutlich nicht verstehen, nach einem Ausweg zu suchen, wie er sich rechtfertigen kann. Gewiß wird dieser Mathematiker, ein moderner Pythagoras, beglückt ausrufen: „Ich habe gefunden!“ wenn er die einzelnen Bezirke vergleicht. Aber auch dieser Ausweg verjagt.

Es ist richtig, daß noch in Sudenburg im Jahre 1891 auf einen Wähler der beiden ersten Abteilungen 15 Wähler der 3. Abteilung kamen, während sich jetzt nach dem einfachen Durchschnittsprinzip 14 Wähler, nach dem qualifizierten der Magistratsvorlage 21 ergeben.

Ebenso entfielen in Neustadt auf einen Wähler der ersten und zweiten Abteilung 13 Wähler der dritten, dagegen heute nach dem bestehenden Gesetz 11 und nach der Magistratsvorlage 18.

In Buckau kamen 1891 auf einen Wähler der beiden

oberen Abteilungen 24 Wähler der dritten Abteilung, dagegen heute nach dem bestehenden Gesetz 8 und nach der Magistratsvorlage 12.

Daraus ist zu entnehmen, daß sich in Sudenburg und Neustadt jedenfalls das bestehende Gesetz dem Stande von 1891 weitaus mehr nähert, wie die Magistratsvorlage.

Außerdem aber werden in Sudenburg und Buckau nur je 6, in Neustadt 12 und in der Altstadt 48 Stadtverordnete gewählt.

In der Altstadt aber kamen 1891 auf einen Wähler der beiden ersten Abteilungen 5 Wähler, heute dagegen nach dem bestehenden Gesetz 6 und nach der Magistratsvorlage sogar 9. Die Altstadt aber wählt $\frac{2}{3}$ der Stadtverordneten. — Das also nennt der Mathematiker des Magistrats Annäherung an den Stand von 1891.

Und gerade die Millionäre, die Reichsten, die erbittertesten Feinde des Mittelstandes, wachsen in ungeheurer Weise an Macht; darüber morgen näheres.

Magistrat und „patriotische“ Vergnügungen.

Das Oberverwaltungsgericht hat entschieden, daß dynastische Feste steuerpflichtige Lustbarkeiten sind. Ein Zweigverein deutscher Militäranwärter und Invaliden, welcher bezweckt, die „Treue zu Kaiser und Reich“ und „die alten soldatischen Tugenden“ zu pflegen, hatte aus Anlaß des zweihundertjährigen Bestehens des Königreichs Preußen eine Theatervorstellung nebst Tanzlustbarkeit veranstaltet; man tanzte über Mitternacht hinaus. Als der Verein darauf mit 6 Mark zur Lustbarkeitssteuer herangezogen wurde, erhob er Einspruch und beantragte seine Freistellung. (Die Lustbarkeitssteuerordnung stellt den öffentlichen Lustbarkeiten Veranstaltungen von geschlossenen Gesellschaften gleich; die Steuer kann lediglich für solche Lustbarkeiten erlassen werden, bei welchen ein höheres Interesse der Kunst oder Wissenschaft obwaltet oder der Reinertrag zu wohltätigen Zwecken verwendet werden soll.) Sowohl der Einspruch als auch die Klage wurden abgewiesen, da ein Grund zur Freistellung von der Lustbarkeitssteuer nicht gegeben sei. Der § 15 des Kommunalabgabengesetzes verhindere die Gemeinden keineswegs, auch für „nationale Feiern“ Lustbarkeitssteuer zu erheben. Das Oberverwaltungsgericht trat, wie die „Berl. Volksztg.“ berichtet, der Vorentscheidung bei und wies die Revision des Vereins als unbegründet zurück.

Was aber thut der hiesige Magistrat? Auf Seite 69 des letztjährigen Verwaltungsberichts der Stadt heißt es:

„Steuer-Erlaß oder Ermäßigung gemäß § 4 d. V.-St.-D. ist für 63 Wohltätigkeits-Veranstaltungen und 147 patriotische Veranstaltungen, zusammen in 210 Fällen gewährt. Der Steuer-Ausfall beträgt 3330,50 Mark.“

Offenlich richtet sich der Magistrat jetzt nach dem Gerichtserkenntnis und schenkt den Kriegervereinen nicht, was er von anderen beansprucht. Wir gönnen an sich den hurrapatriotischen Kreisen die Steuerfreiheit, verlangen sie dann aber für alle. Entweder Aufhebung der lästigen Lustbarkeitssteuer oder doch gleiche Pflichten für alle! Auch die hochbegabtesten „Patrioten“ amüßigen sich nicht an Vaterlandsliebe. Königstreue Länger verdienen daher keine andere Behandlung wie sozialdemokratische oder indifferent-unpolitische.

Die ordentliche General-Versammlung des Konjum-Vereins

Neustadt (e. G. m. b. H.) für das erste Vierteljahr 1902, die am Montagabend im „Luisenpark“ stattfand, war außerordentlich stark besucht. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, verliest der Schriftführer Widring das Protokoll der letzten Generalversammlung. Da sich ein Widerspruch hiergegen nicht erhebt, wird in die Tagesordnung eingetreten.

benühte, die beinahe unabweisbaren Beschämungen und Beleidigungen zu mildern, gehörte, ohne ein Wort zu sagen.

In „Villes de France“, wo jedermann Fräulein Stockmann gefannt hatte, verursachte ihr Eintritt einen Auflauf. Jeder Angefallte sah ihr unerschämtes Gesicht, und bitter mußte sie leiden, als sie von allen Geschickern böswillige Reugierde und Verachtung las. Das Ladenfräulein, welches sie bediente, zeigte eine an Frechheit grenzende Gleichgültigkeit und hielt es kaum der Mühe wert, die Gegenstände vorzuzeigen und mit spitzen Lippen anzubringen.

Als Luise an der Kasse wegen der Zufassung der Einkäufe ihre Adresse geben mußte, wagte sie nicht, ihren deutschen Namen laut auszusprechen. Sie schickte vor, daß er schwer richtig zu schreiben sei, verlangte eine Feder und schrieb mit zitternder Hand auf ein Blatt Papier:

„Frau Luise von Mersbach, Lengerische bei Metz.“

Dieser erste Versuch, sich in der Stadt zu zeigen, war für heute genug für sie, ihr Mut war erschöpft. Sie vertagte die noch beschämtesten Besorgungen auf ein anderes Mal und überschritt die Straße, um ihren Mann einzuholen. Aufgeregt ging sie daher. Vor dem Wäschladen von Tourgeois traf sie den Apotheker Jakob, einen Freund ihrer Familie; bei dem Wäschehändler von Mayer triefte sie keine als Philipp Wertheimer, den Buchhalter ihres Vaters. Am dem alten Maler Mareel, der langjam im Sommerheim auf- und abging, auszuweichen, machte sie einen Umweg. Anstatt nach rechts abzubiegen, ging sie geradeaus weiter, dem Kaiser-Wilhelms-Platz zu, bis zu dem Standbilde des Marschalls Ney, um dann von dort das Gerichtsgebäude zu erreichen, indem sie die Lindenallee der Esplanade entlang schritt.

Auf dem Kaiser-Wilhelmsplatz exerzieren Soldaten ohne Gewehr. Sie übten „langsam Schritt“ und die Formen der Ehrenbewegungen. Die Feldwebel und Sergeanten, die aus ihren vergoldeten Stragenkröpfen, den Fächern ihrer Charge, das Recht zu sprechen, absteigern, formenartigen barock. Von zwanzig Stellen aus schmetterten törmende Wächler durcheinander: „Eins, zwei, drei!“ „Eins! zwei! drei!“ „Eins! zwei! drei!“ „Augen rechts!“

Mit unerschütterlicher Ruhe, mit starrem Gesichtsausdruck, ohne in ihrem Gehirn auch nur einen Gedanken aufkommen zu lassen, manövrierten die Soldaten wie Maschinen.

„Eins!“ Die Kniee hoben sich ganz hoch, und der Schenkel bildete fast senkrecht mit dem Körper eine Linie.

„Zwei!“ Der Fuß stellte sich wieder auf den Boden. Alle diese Bewegungen, die durch unendlich lange Pausen von einander getrennt blieben, sahen ungläublich steif aus. Einige Jungen machten sich in der Nähe über die Soldaten lustig.

Luise war aufs höchste aufgeregt und wie von fürchterlichen Gewissensbissen verfolgt. Sie betrachtete einen Augenblick die Freuden und erhob die Augen zum Denkmal des Marschalls Ney. Der Held im Bronzefleisch griff nach seiner Mütze und schien mit drohender Gefährde die Soldaten, die so frei zu seinen Füßen vorbeischnitten, herausfordern zu wollen:

„Eins! Zwei! Drei!“ Luise konnte das Geschrei der Unteroffiziere nicht mehr mit anhören, die drohende Haltung des Standbildes nicht mehr sehen. Unglücklich und bedrückt entfloß sie unter die Säume des Esplanade. Aber es war, als ob böse Geister sie heute immer wieder zu Wildern und Szenen führen wollten, die für sie höchst peinlich waren.

Einige spielende Knaben kamen singend zu zweien in Reih und Glied daher. Einer von ihnen war der Anführer. Sie barg sich hinter einen dicken Baumstamm. Ihr Bruder Leo schritt in der Abteilung an ihr vorbei. Er war so in sein Vergnügen vertieft, daß er sie nicht bemerkte. Alle durcheinander schreienden Kinder sangen den in Metz berühmten Vers:

„Hast Du denn Bazaine gesehen
In dem Thron von Châillon,
Lothringen verlaufend
Für einhunderttausend Frank?“

Der Knabe, der den Anführer spielte, ging rückwärts und bemerkte Luise.

„Sieh da, Deine Schwester.“ sagte er zu Leo. Luise wollte auf ihren Bruder zuarbeiten, doch eine Bewegung hielt sie zurück.

Leo ipie aus, zertrat die Spur auf dem Sande und lächelte seinen Spielgenossen an:

„Ich habe Dir schon gesagt, daß sie meine Schwester nicht mehr ist.“

Luise floh, um wieder zu ihrem Manne zu gelangen, der sie mit dem Wagen auf dem öden kleinen Platz vor dem Gerichtsgebäude erwartete.

„Laß uns schnell fortfahren.“ sagte sie ganz atemlos. Er berührte das Pferd leise mit der Peitsche, und das mutige Tier, das vom langen Warten ungeduldig und auch froh war, davonkommen zu können, trabte eiligt los.

In der freischen Luft erholte sich Luise von ihrer Erschütterung, doch blieb sie schweigend, und Fritz störte sie nicht, denn er ahnte die Ursache ihrer Ergriffenheit.

Als Luise, vom raschen Fahren etwas verwirrt, vor dem Eingange der Villa ausstieg, lächelte sie ihren Mann an und sagte ihm:

„Ich hatte soeben einen bösen Traum.“

„Was für einen, mein Liebling?“

Sie gab keine Antwort. Im Hause wiederholte er:

„Was für einen bösen Traum?“

Doch sie wollte nichts sagen. Sie wunderte sich über sich selber, daß sie so schüchtern, so besangen hatte sein können. Was konnte sie denn zu fürchten haben, wenn der Arm ihres Mannes sie stützte? Hatte sie denn nicht vor ihrer Verheiratung die Folgen ihrer Handlung berechnet, die Beleidigungen vorausgesehen, denen sie sich aussetzen würde? Fortan wollte sie stark sein. Sie würde sich jetzt mit ihrem Manne in den Straßen von Metz aufspielen, sie würde gleichgültig bleiben gegen alle Verachtung, gegen alle Verspottung der Lothringer. Sie war entschlossen, allem zu trotzen. Sie schämte sich ihrer selbst. Wie? Gleich beim ersten Versuch war sie zurückgewichen! Welch falsche Scham! Fritz hätte sich davon gekränkt fühlen können!

„Morgen“, sagte sie, ohne auf seine Frage einzugehen, „gehen wir, wenn es Dir recht ist, noch einmal nach den „Villes de France“. Ich habe vergessen, feidenen Futterstoff einzukaufen. Wir werden auch zu Mottrier gehen, . . . zusammen.“

Sie betonte dieses letzte Wort.

(Fortsetzung folgt.)

Der Vorsitzende K o p p e macht bekannt, daß es bis heute noch nicht möglich gewesen sei, die Angelegenheit mit dem ebenst. anzustellenden besoldeten Vorstände soweit zu fördern, um hierüber Bericht erstatten zu können. Es sei eine Kommission eingesetzt, die bis zur nächsten Generalversammlung mit dieser Angelegenheit soweit vorgeschritten sein wird, um einen ebenst. Vorschlag der Versammlung zur Beschlußfassung vorlegen zu können.

Hierauf erstattet der Geschäftsführer, Herr Arnold, den Geschäftsbericht für das Jahr 1901. Das 38. Geschäftsjahr des Vereins sei trotz der Krise ein durchaus zufriedenstellendes gewesen und schließt sich würdig den Vorjahren an. Bemerkenswert sei, daß der Gesamtumsatz, obwohl der drohenden Warenhaussteuer wegen, eine ganze Reihe von Artikeln abgeschafft wurden, ein größerer geworden ist, als im Vorjahre. Die Mitgliederzahl ist von 17614 auf 18348 im letzten Jahre gestiegen. Die Gesamteinnahme betrug in Summa 5691694 Mark. Im weiteren giebt der Redner ein umfassendes detailreiches Bild von dem gewaltigen Betriebe des Konsumvereins, wie es zum Teil zahlenmäßig bereits in der „Volksstimme“ zur Darstellung gelangt ist. Der Geschäftsbericht erhält die Zustimmung der Versammlung.

Ueber folgenden inzwischen eingelaufenen Antrag entspinnt sich eine rege Debatte:

Die Verteilung des Geschäftsertrages ist so vorzunehmen, daß dem Dispositionsfonds außer der vorgeschlagenen Rücklage noch der 150. Teil des Geschäftsertrages überwiesen wird; dafür aber der Betrag dieses Teiles von der außerordentlichen Abschreibung auf Konto Neuer Grundbesitz abzusetzen oder die Rückvergütung auf 94 Prozent zu bestimmen.

Herr Gubener begründet den Antrag mit der Motivierung, daß von diesem Betrage den arbeitslosen Mitgliedern des Vereins eine Unterstützung zu teil werden soll. Die Verminderung der Rückvergütung könnte durch etwas verminderte Abschreibungen wieder ausgeglichen werden. Herr Franke und Herr Schäfer bekämpfen den Antrag. Die Mitglieder warten schon auf die Auszahlung der Dividende, deshalb sei der Antrag Gubener abzulehnen. W o s t tritt warm für den Antrag ein. Herr Arnold warnt davor, den Antrag anzunehmen. Er sei sicher aus einer durchaus idealen Auffassung entstanden, es sei aber schwierig, so lange noch das Konfirmationsgeld gezahlt würde, an eine derartige Aufgabe heranzutreten. Redner bittet deshalb den Antrag jetzt abzulehnen. Annahmbarer wäre eine regelmäßige Verteilung von Broten an die Arbeitslosen. Herr Gubener empfiehlt die Anschaffung von Kartoffeln seitens des Konsumvereins. Nach langer teilweise erregter Debatte wünscht W o s t, daß alle die an den Geschäftsbericht geknüpften Anregungen dem Vorstand, der sich doch seiner Pflicht bewußt ist, zur Erwägung überwiesen werden. Nach Annahme eines Antrages auf Schluß der Debatte wird über den Antrag Gubener abgestimmt. Der Antrag wird mit großer Majorität abgelehnt.

Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt. Zum zweiten Punkt: „Bericht des Aufsichtsrats, die Prüfung der Jahresrechnung, betreffend, und Entlastung des Vorstandes wegen dessen Geschäftsführung im Jahre 1901“ beantragt das Aufsichtsratsmitglied S o f f m a n n, dem Vorstand Decharge zu erteilen. Die Versammlung stimmt dem zu.

Zum dritten Punkt: „Festsetzung der Rückvergütung für 1901“ beantragt S o l z m a c h e r die Verteilung einer D i v i d e n d e v o n 10 P r o z e n t. Dem Antrage wird ohne Debatte zugestimmt.

Zum vierten Punkt: „Beschlußfassung über die Einrichtung einer Sparkasse“, berichtet Herr Arnold. Er hält die Einrichtung einer Sparkasse für nicht so leicht, wie es der Antragsteller sich gedacht hat. Nach Ausführung all der Schwierigkeiten, die zu überwinden notwendig seien, ersucht Herr Arnold mit dem Hinweis, die Sache im Auge zu behalten, um Ablehnung der Vorlage. Herr Siebel ist entgegengesetzter Meinung. Er hält die Einrichtung im Interesse einer vergrößerten Produktion für höchst wünschenswert. S a r b a u m ist gegen den Vorschlag. W o s t will die Sache doch mehr beachtet wissen, hierzu sei aber ein einleitendes Referat notwendig. Heute könnte die Frage nicht zur Entscheidung gebracht werden. Nach langer Diskussion, in der sich die meisten Redner gegen die Einrichtung einer Sparkasse aussprechen, faßt Herr Arnold in einem Schlußwort noch einmal alle die in der Debatte angeführten Gesichtspunkte zusammen und ersucht, keine Kommission zu wählen, sondern die Sache auf sich beruhen zu lassen. Ein Antrag, den Vorschlag, eine Sparkasse zu errichten, dem Vorstand und Aufsichtsrat zur Berücksichtigung zu überweisen, wird schließlich angenommen.

Ein weiterer Antrag, auf die Tagesordnung der nächsten General-Versammlung zu setzen: „Errichtung eines neuen Lagers in Magdeburg-Altstadt“, wird angenommen. Schluß der Versammlung 1 1/4 Uhr.

Moderne Fröigkeit.

Wie sehr mancher Grundbesitzer bestrebt ist, trotz der entgegenstehenden Rechtsbestimmungen der Verbeigenschaft für die in seinem Betriebe beschäftigten Arbeiter und deren Angehörige wieder Geltung zu verschaffen, dafür liefert folgendes Vorkommnis einen drastischen Beweis: Bei einem Gutsherrn in Süldorf bei Magdeburg befindet sich seit langen Jahren ein mit Kindern gesegneter Arbeiter in Diensten. Von den drei erwachsenen Mädchen desselben waren die beiden ältesten bei einer Herrschaft in Magdeburg in Stellung gewesen, ohne daß hiergegen seitens des Gutsherrn A. Einspruch bei dem Vater der beiden Mädchen erhoben worden war. Nachdem auch das dritte Mädchen herangewachsen war, erklärte sich die genannte Herrschaft bereit, da die beiden ersten sich anderen Berufszweigen zugewandt hätten, auch dieses dritte Mädchen in Dienst zu nehmen. Die Eltern hatten nichts dagegen, jedoch erklärte die Mutter, auf ein dauerndes Dienstverhältnis nicht eingehen zu können, denn hierzu sei die **Genehmigung des Gutsherrn**, bei dem ihr Mann in Stellung wäre, **notwendig**. Nichtsdestoweniger nahm das Mädchen den Dienst an und arbeitete zur Zufriedenheit der Herrschaft, ebenso wie ihre Schwestern. Als sich das Mädchen kaum 14 Tage lang im Dienst befand, erschien vor einigen

Tagen die Mutter desselben und forderte das Mädchen zurück, weil — **der Herr die Beschäftigung nicht erlaubt hätte**. Weinend verließ das Mädchen die liebgewonnene Herrschaft und begab sich in ihr Heimatdorf zurück, um gehorjam des Augenblicks zu harren, wo „der Herr“ wieder eine billige Arbeitskraft mehr gebraucht. —

— **Die vereinigten Ortskrankenassenvorstände** werden ersucht, den Mitgliederbestand ihrer Kassen vom 1. März spätestens bis zum 5. März zwecks Weitergabe an die Redaktion des „Arbeitsmarkt“, dem Bureau der Allgemeinen Orts-Krankenasse hier selbst mitzuteilen. —

— **Eine öffentliche Bürgerversammlung**, in der über die Eingemeindung von Fernersleben, Salbke und Westerhüsen, über die drohende Erhöhung des Preises für Heiz- und Kochgas, sowie über den geplanten Brückenzoll auf der Nord-Brücke gesprochen werden soll, findet am Freitag dieser Woche, abends 8 1/2 Uhr, im „Blauen Saal“ statt.

— **Die Bühne am Bachhof** zeichnen sich durch ihre Niedrigkeit aus. Nach der von uns bereits erwähnten jüngst erschienenen Statistik stellen Löhne von 2,51 bis 3 Mark die überwiegende Mehrheit — 78,3 Prozent — dar. Im ganzen sind auf dem Bachhof 23 Unglückliche beschäftigt, von denen nur 5 mehr als 3 Mark Tagelohn beziehen, von denen wieder nur einer zwischen 3,51 Mark und 4 Mark pro Tag verdient. Von den 23 sind 16 ungelernete Arbeiter, während der eine etwas besser Gestellte zu der Kategorie der gelerneten Arbeiter zählt, und die vier mit 3 Mark 1 Pf. bis 3,50 Mark Entlohnten Vorarbeiter sind. Bemerkenswert ist, daß auch die beiden Wächter oder Pfortner nicht über 3 Mark Tagelohn hinauskommen. Eine Stadt, welche Liebesgaben für einflußreiche Schützenbrüder und für kirchlich-frömmle Zwecke übrig hat, sollte die geplagten Proletarier des Bachhofs nicht bei 18 Mark Wochenlohn peinigen. —

— **Der Provinzial-Landtag in Merseburg** hat jetzt endgültig in der Frage der B o d e - R e g u l i e r u n g am vergangenen Freitag 1/4 der Ausführungskosten genehmigt, nämlich 675 000 Mark, und zwar in der Voraussetzung, daß auch der Staat die gleiche Summe für diesen Zweck auswerfe, was kaum zu bezweifeln sein wird. Somit wäre wohl der finanzielle Punkt geregelt, und die Durchführung des Werkes gesichert, doch steht dem noch etwas recht Wichtiges im Wege. Die Interessenten haben seiner Zeit ihre Zustimmung in der Voraussetzung gegeben, daß Staat und Provinz je 1/2 der Kosten übernehmen würden, so daß nur 1/2 von den beteiligten Grundbesitzern zu decken bliebe; nunmehr ist aber der seitens der Interessenten zu übernehmende Kostenanteil auf die Hälfte der Gesamtsumme gestiegen, von 900 000 Mk. auf 1 350 000 Mk., und es bedarf nun neuer Verhandlungen, um auch bei der veränderten Sachlage die Zustimmung der Interessenten zu erhalten. Es ist wohl nicht zu bezweifeln, daß diese auch jetzt erteilt wird, denn die um 450 000 Mark erhöhte Summe kann nicht den Ausschlag zu Ungunsten eines Werkes geben, nachdem die Notwendigkeit und der Nutzen der Anlage bei der früheren Verhandlung durch die mit großer Mehrheit erfolgte Annahme des Projekts anerkannt sind. —

— **Kellerbrand**. Am Montag nachmittag kurz nach 4 Uhr wurde die Feuerwehre nach dem Hause Schönebeckstraße 34 gerufen. Im Keller des genannten Hauses waren einige Säcke in Brand geraten. Die Wache Budau beseitigte die Gefahr. —

— **Aus dem Bureau des Stadt-Theaters** wird uns geschrieben: Johann Strauß, „Zigeunerbaron“, welches Werk heute zum Benefiz des Herrn Hedrich in Szene geht, gehört mit zu den ausserordentlichsten Erzeugnissen der Operettentextur. Bei uns wird das melodienreiche Werk, welches seit zwei Jahren nicht zur Aufführung gekommen ist, in der sogenannten Hoftheater-Einrichtung gegeben. In Szene geht vom Oberregisseur Trepow, beschäftigt es neben dem Benefizianten in seinen wichtigsten Partien die Damen V. Sekteneff, Camille und Fleischmann und die Herren Hilbrandt, Hermann und Stege. Die außerordentlich befällige Aufnahme, welche „Zigeunerbaron“ bei seiner kürzlichen neu einstudierten Wiederaufführung gefunden, veranlaßt die Direktion, die beliebte Oper als nächste Sonntagsvorstellung zu wiederholen. Die nächste Aufführung von „Alt Heidelberg“ am Donnerstag ist bereits die 15. Vorstellung des viel besuchten Studentenstückes. —

— **Im Walthalla-Theater** hat der Monatswechsel wie üblich, wieder ein fast ganz neues Repertoire gebracht. Auch auf dem un-literarischen Brett überbrückt es jetzt; ist das Ueberbrett eine Parade der höheren Kunst und des Varietes, so sucht letzteres wieder das Ueberbrett zu verpöppeln. So mußte uns der Salon-Humorist Fritz Steidl zu erzählen, daß er, weil der Gassenhauer nicht mehr recht ziehen will, das 7999te Ueberbrett zu gründen gedenkt. Als Ueberbrett leistet er in Bezug auf Koloratur noch höheres wie selbst die eigentliche Patti. — Die „Hauptnummer“ war die englische Konzertsängerin Ada Colten, welche es als Ueberbrett mit ihrer fünfjährigen Falschstimme bis zum dreigestrichenen a bringt. Das ist wahre „Söhnenstunde“. — Als „Ueberbrett“ stellte sich die Veranblungs-Soubrette Marguerite Gouffon vor, eine Anhängerin der „Frauenbewegung“; sie ist in der That sehr beweglich. — Ehe t w o V e n d e r o, ein Herr und eine Dame, übertragen andere, ihnen an Geschicklichkeit gleichkommende Akrobaten, durch die Eleganz ihrer Formen, während die Groteskomiester Bobby und Hank uns durch phantastische Erfindungsgebe amüsierten, denn sie traten als musikalische Clowns, als Pferde, als Spreewaldberinnen, als gelehrte mittelalterliche Doktoren der Heilkunst auf und waren so vielseitig, wie es die Gegenwart im Zeitalter der Siegesallee vermag. — G i z a v o n C h r e n s e l s als Operetten-Soubrette lehrte uns „das heilige Lachen“, durch ein possierliches Kavalier, während uns die russischen Tanz-Akrobaten, R a t w e e f, S u g o f f o n - T r o n p e, durch wilde Tänze und seltsame Sprünge so ergötzen, daß wir unsere sozialpolitischen Bedenken verschweigen wollen, welche bei der Bewunderung der Kopfsprünge des mitwirkenden Knaben, eines prächtigen Knirpses, in uns aufstiegen. — Die Geschwister Fungmann als Seitkünstler modernster Art, — er als schneidigster Kavalier, sie als Oigel-Königin, die ganz nach Patschoulli-Parfüm ausseh — machten die halbdramatischen Skizzen mit der Meise folgerter Sicherheit, außer, wenn sie mit Selbstkritik die Lust simulierten. Der Kinematograph bringt jetzt auch einige Bilder aus Deutschlands jüngster patriotischer Vergangenheit, Darstellungen bekannter Szenen, bei denen Reden gehalten wurden. Am Mittwoch wird — wie wir erfahren — sogar schon die Prinz Heinrich-Reise zu sehen sein. Es ist ja bekannt, daß in den letzten Jahren der Kinematograph zu dem wichtigsten Teil derjenigen Veranstaltungen gehörte, welche den Zeitungen aller Parteien zu lebhaften Erörterungen Anlaß boten. —

— **Im Circus Variete** gastiert augenblicklich das Buda-pester Burlesken-Ensemble, dem von Berlin aus ein bedeutender Ruf vorangeht. „Wer lachen will, muß heute kommen!“ so können die Mitwirkenden jeden Tag schreiben, denn das Repertoire besteht aus lauter reizenden, ausgewählt lustigen Stücken, so daß auch der

verpöhrtere Theaterbesucher — soweit er die Hallen Thalia nicht nur ausschließlich für Erziehungszwecke vermietet wissen will, sondern vor allem auch der Erholung und Unterhaltung — sicher auf seine Rechnung kommt. Vielleicht teilen wir nächstens etwas mehr über den Inhalt der heiteren Einakter mit. Auch die übrigen Darbietungen, Spaniens, Duet und Soloszenen, sind recht wirkungsvoll. Die einzelnen Mitwirkenden geben sich volle Mühe, einen genußreichen Abend zu veranstalten. —

Eine Versammlung wegen ihrer „Wichtigkeit“ verboten!

Zum 26. Februar war in Westerhüsen bei M a g d e - b u r g eine öffentliche Versammlung der dritten Wählerklasse einberufen, in welcher Genosse Rudolf K o c h Bericht über seine Thätigkeit als Gemeindevertreter erstatten sollte. Um die Parteigenossen auf diese Versammlung aufmerksam zu machen, schrieb die „Volksstimme“ einige Tage vor der Versammlung:

(Eine wichtige Versammlung) findet am Mittwoch, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im Gasthof „Zum goldenen Schiff“ statt. Dort wird der Genosse Rudolf K o c h über seine Thätigkeit als Gemeindevertreter Bericht erstatten. Da in dieser Versammlung sehr wichtige Fragen, wie z. B. die Eingemeindung in Magdeburg und der immer noch nicht in Angriff genommene Bau eines Schulhauses zur Erörterung gelangen, ist es Pflicht der Parteigenossen, für einen guten Besuch Sorge zu tragen.

Von dem Einberufer wurde die Versammlung rechtzeitig angemeldet und diese von dem Herrn Amtsvorsteher Schmidt bescheinigt. Somit war alles Notwendige geschehen, und die Westerhüsen Wähler dritter Güte gaben sich schon der frohen Hoffnung hin, aus dem Munde unseres Genossen zu erfahren, was alles im örtlichen Parlament ihres mit Recht so beliebten Heimatortes beschlossen und beraten wurde.

Doch etwa eine Stunde vor Beginn der Versammlung bekam der Einberufer das folgende geistreiche Schriftstück:

Amtsvorsteher Westerhüsen, Elbe, den 26. Februar 1902. (Kreis Wanzleben) F. Nr. II 270.

Sie haben unterm 24. d. M. eine öffentliche Versammlung der hiesigen Gemeindegewählten der 3. Abteilung zum 26. d. M., abends 8 Uhr im Gasthof „Zum goldenen Schiff“ angemeldet. In der 1. Beilage zu Nr. 46 der „Volksstimme“ wird zu demselben Tag, derselben Stunde und in demselben Lokal eine wichtige Versammlung bekannt gemacht. Nach dieser Bekanntmachung kann ich die Versammlung nur als eine öffentliche Volksversammlung betrachten.

Da Sie mir mithin bei der Anmeldung falsche Angaben gemacht haben, verbiete ich die Abhaltung der angemeldeten Versammlung. Schmidt.

Das ist in der That beinahe das stärkste Stück von Ungeheuerlichkeit, was uns je vorgekommen ist. Was geht das den Amtsvorsteher an, ob die „Volksstimme“ eine Versammlung für wichtig hält? In eine öffentliche Gemeindegewählerversammlung kann kommen, wer da will. Gesetzlich giebt es keinen Unterschied zwischen „Gemeindegewählerversammlungen“ und Volksversammlungen. Trotzdem diese Frage also belanglos ist, weisen wir die unglückliche Beschuldigung zurück, unser Genosse könne falsche Angaben gemacht haben. Wir wissen nicht, was sich dieser temperamentvolle Amtsvorsteher eigentlich gedacht hat, als er diesen verletzenden Vorwurf ohne jede Ursache gegen unseren Genossen erhob. Wir halten natürlich gerade Gemeindegewählerversammlungen für wichtig und lassen es dahin gestellt, ob unser Genosse nicht gut thun wird, dem Amtsvorsteher auch noch an anderer Stelle wegen solcher Beschuldigung zur Verantwortung zu ziehen.

Daß wegen des Versammlungsverbotens sofort Beschwerde bei dem Landrat eingereicht wurde, war ja selbstverständlich. Daß der Landrat den Amtsvorsteher sowohl über den Inhalt des Vereinsgesetzes wie über die Art und Weise aufzuklären wird, in der ein Beamter mit dem Publikum zu verkehren habe, steht zu erwarten. —

Provinz und Umgegend.

om. **Barleben**, 3. März. (V e r s a m m l u n g s - b e r i c h t.) Am Sonntag, den 2. März, fand im Lokale des Herrn Niebert eine öffentliche Wählerversammlung der 3. Wählerklasse statt. Als Referent war der Genosse Schriftsteller Thiel aus Klafel erschienen. Redner führte der Versammlung in seinem 1 1/2 stündigen die Schattenseiten unserer famosen Landgemeindegewählungsverordnung vor Augen und erteilte dafür reichen Beifall. Als Kandidat wurde der Genosse Landwirt G e r m a n n S c h m i d t einstimmig gewählt. In der Diskussion wurden die Mißstände, welche in der Gemeinde herrschen, einer scharfen Kritik unterzogen, wie z. B. der Schmutz, der in den Straßen lagert. Sind doch zahlreiche Wege jetzt wahre Sumpfgärten geworden, während die Wege, an denen die reichen Großgrundbesitzer ihre Acker haben, mit dem schönsten Pflaster versehen sind.

Die zum Schluß an die Anwesenden gerichtete Aufforderung, energisch zu der Wahl zu agitieren, fand allseitigen Beifall. —

ph. **Cracan**, 3. März. (A n t i s o z i a l i s t i s c h e r B e r i c h t.) Die am 25. Januar 1902 in „Wegeners Gesellschaftshaus“, Stadtmarsch, gewählte Kommission der 3. Wählerklasse verurteilte, das Lokal „Schweizerhalle“ zur Abhaltung einer Versammlung zu erhalten; leider vergebens. Wahrscheinlich übernimmt vom 1. April ein neuer Wirt das Lokal; vielleicht gelinkt es den Arbeitern dann, dasselbe zu errichten. —

kz. **Fernersleben**, 3. März. (G e m e i n d e - v e r t r e t e r - S i t z u n g.) Am Freitag, den 7. März, nachmittags 4 Uhr, tagt im neuen Schulhause eine Gemeindevertreter-Sitzung, in welcher auf Veranlassung des Kreis-Ausschusses Stellung zu der Erwidernng des Rentners Faber vom 15. Februar d. J. betreffend Herstellung der Straßen des Faberschen Bauglückes Stellung genommen werden

fol. Von den übrigen Punkten der Tagesordnung ist die Frage der Unfallversicherung der Beamten der Gemeinde hervorzuheben; ebenso das Besuch des Arbeiters Baum, die Reinigung der Silze und der unterirdischen Entwässerungsanlage für ein jährliches Gehalt von 1300 Mark zu übertragen. Auch die Unterstützungsanträge der Witwen Zettler, Schütz, Albrecht, Riez und Herrmann werden zur Beratung kommen. Zum Schluss dürfte der Vorschlag zum Gemeindehaushalt für das Veranlagungsjahr 1902 eine interessante Aussprache ergeben.

Groß-Otterleben, 3. März. (Auf zur Wahl.) Von den Gemeindevertretern scheiden in diesem Jahre sechs Herren aus, darunter drei, welche in der dritten Abteilung gewählt waren. Die Neuwahlen der dritten Abteilung finden am Dienstag, den 11. März, nachmittags 3 Uhr, im Ausschuss-Gasthof hier selbst statt. Obwohl für die dritte Abteilung zwei Angelegene gewählt werden müssen, ist es unserer Partei doch möglich gewesen, geeignete Kandidaten ausfindig zu machen, welche sich als überzeugte Sozialdemokraten im Falle ihrer Wahl nicht abhalten lassen werden, für die Interessen der übergroßen Mehrzahl der hiesigen Bürgerschaft einzustehen und sich namentlich der Unterdrückten und Entrechteten anzunehmen. Darum zeige jeder Genosse, daß Groß-Otterleben nicht den Volksfeinden, sondern der Sozialdemokratie gehört.

Genossen! Agitiert in dieser Woche unablässig für die Wahl Eurer Freunde! Stimmt am 11. d. M. für den Kolporteur Karl Göde, den Zimmermann Friedrich Gesse jun. den Maurer Julius Koch.

Niederndobeleben, 3. März. (Die Volksversammlung) am 27. Februar, abends 8 Uhr, im Hornemannschen Lokale beschloß sich mit dem Thema: „Das Glück der Armut und der Fluch des Reichtums“, über welches Genosse Karl Thiel-Kassel referierte.

An diesen beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine dem Redner zustimmende Diskussion, an welcher sich die Genossen Gasser und Fleburg beteiligten. Sie appellierten an das Solidaritätsgefühl der Anwesenden und forderten diese zum Anschluß an den Sozialdemokratischen Verein auf.

kr. Bisdorf, 3. März. (Feuer.) In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend brannte hier die Brunnmaschinen-Werkstelle des Herrn Amtsvorstehers Gaase nieder. Am schlimmsten sollen die dort beschäftigten armen Arbeiter betroffen sein, denen ihr Handwerkzeug verbrannte, welches nicht versichert gewesen sein soll.

kr. Borne, 3. März. (Die Person ist nichts, die Idee alles.) Hier giebt es Arbeiter, die ihre Pflicht als Parteigenossen erfüllt zu haben glauben, wenn sie alle fünf Jahre einen Stimmzettel abgeben, sich an den Kommunalwahlen beteiligen, auch wohl die „Volksstimme“ lesen. Wer es aber eifrig mit unserer Partei meint, der legt Wert darauf, mit zu raten und als organisierter Genosse aufzufassen für die Bestrebungen der Sozialdemokratie einzustehen. In unserem Wahlkreis ist es der Sozialdemokratische Volksverein, welchem jeder, der Anspruch auf den Ehrentitel „Sozialdemokrat“ erhebt, angehören sollte. Das Eintrittsgeld beträgt 20 Pfennig, die monatlichen Beiträge machen 15 Pf. aus. Der Unterzeichnete nimmt jederzeit Beitrittserklärungen entgegen. Leider kommt es hier vor, daß man aus Abneigung gegen Personen, die einem schon mal Unrecht gethan haben, dem Verein den Rücken kehren oder auch aufhören will, die „Volksstimme“ zu lesen. Kein Verständiger kann aber die Sache für Verfehlungen von Personen verantwortlich machen. Einem guten Parteigenossen geht die Partei über alles; er verachtet nicht Persönlichkeiten und Politisches. C. Kreuzberg.

Gardelegen, 3. März. (Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts.) Die hiesige Polizeiverwaltung hatte durch wegepolizeiliche Verfügung gemäß § 51 des Zuständigkeitsgesetzes der Ehefrau des Sekretärs K. aufgegeben, die Einriedigung ihres Gartens sowohl nach dem Willkürwege wie nach dem von der östlichen Grenze sich hinziehenden Wege so weit zurückzusetzen, als dies durch die im Mai 1897 katasteramtlich bewirkte Feststellung der richtigen Gartengrenzen bedingt sei. Frau K. strengte nach fruchtlosem Einspruch Klage an, die sie zugleich gegen den Magistrat als Vertreter der Separationsinteressenten richtete. Der Bezirksausschuß zu Magdeburg wies sie ab. Er legte dar, wie es zu den Aufgaben der Wegepolizeibehörden gehöre, den Bestand der öffentlichen Wege zu sichern. Die hier fraglichen Wege seien aber auch als öffentliche anzusehen, und zwar hätten sie diese Eigenschaft schon beisehen, als die Gartengrenzen auf das Wegerecht hin vorgezeichnet seien. Die Entscheidung des Bezirksausschusses hat in der Berufungsinstanz der vierte Senat des Oberverwaltungsgerichts bekräftigt. Er legte dar, wie die Ausführungen der Berufungsinstanz im wesentlichen dahin gingen, daß das freitige Terrain seit mindestens fünfzig Jahren in der bisherigen Weise genutzt werde, daß deswegen das Eigentumsrecht an diesem Terrain erworben sei. Allein ein Wegerecht könnten durch Verjährung keinerlei Rechte erworben werden.

as. Neuhalbensleben, 3. März. (Folgen der Wirtschaftskrise.) War der Geschäftsgang in der Handschuhindustrie seit 1 1/2 Jahren ein sehr flauer, so scheint es jetzt noch schlechter werden zu sollen. In der Handschuhfabrik Hermann ist es zur Entlassung sämtlicher Arbeiter, circa 40 Mann, gekommen. — Doch auch die anderen Branchen liegen darnieder. Die Steinquarzfabrik Kuris fürzte Mitte Januar den Maschinen und Drechern den Lohn um 10 Prozent. Jetzt folgt diesem Beispiele die Deutsche Steinquarzfabrik, Aktiengesellschaft, vormals Gebr. Hubbe, indem sie sämtlichen Arbeitern, auch den ungelerten, den Lohn um 10 Prozent herabsetzte: den Ungelernten noch mit der Bedingung, daß sie nur noch 10 Stunden täglich zu arbeiten brauchen. Hat wie sonst 11 Stunden. Also versteht es das Unternehmertum, die Kosten der Wirtschaftskrise auf die

Arbeiter abzumwälzen, während es die Gewinne der „sieben fetten Jahre“ in die eigenen Taschen steckt. —

ow. Staßfurt, 3. März. (Von der elektrischen Straßenbahn überfahren) wurde der Arbeiter Schmidt aus Heddingen. Schmidt wollte am Sonntag früh, als es noch ganz dunkel war, hinter dem Schloßgarten den elektrischen Wagen besteigen, um nach Heddingen zu fahren. Auf dem Bahndamm stolperte er, kam zu Fall und wurde von dem in Bewegung befindlichen Wagen überfahren und getötet. Schmidt hinterläßt Frau und fünf Kinder. —

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Der gelegentlich seines 80. Geburtstages kürzlich in Barby zum Stadtältesten ernannte Abgeordnete August Bunge ist am Sonnabend abend gestorben. — Der Konsumverein in Barby hat bereits am Sonnabend seine konstituierende Versammlung gehabt. Als Geschäftsführer wurde Herr August Meyer, Maurer, gewählt. — Polizeilich festgenommen ist am Sonntag in Ascherleben der Postassistent Wilhelm Kühne wegen Unterschlagung von 2800 Mark. — In der Nacht vom 2. d. M. ist in Ascherleben in die Werkstelle des Hohnmeisters Kottler eingebrochen und ein Geldbetrag von 160 Mark entwendet worden. — Der Arbeiter Preuser, der die Nordbahn bei Niesdorf verließ hatte, wurde Montag vormittag nach Halle transportiert, um auf seinen Geisteszustand beobachtet zu werden. — Dem Deponen J. in Ascherleben wurde ein Kalb geboren, das bei der Geburt schon das abnorme Gewicht von 125 Pfund hatte. — Die Witwe Sch. in Neuhalbensleben glitt am Sonnabend auf dem glatten Pflaster vor dem Bezirkskommando aus und fiel so unglücklich, daß sie schwere Verletzungen davontrug. — Einen hohen Leberfall machte in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag ein Glaschleifer in Duedlinburg auf einen zu Besuch anwesenden Schlosser gesellen aus Thale. Der Leberfallende mußte sich in ärztliche Behandlung begeben. — In Wien wurde am 1. März ein angeblicher Dr. Ferrer, welcher sich für einen russischen Hofarzt ausgab, in vielen deutschen Städten (u. a. in Ocherleben und Halberstadt) Vorträge zu Gunsten der Buren hielt, die eingegangenen Gelder aber für sich hielt, wegen eines Sittlichkeitsverbrechens verhaftet. — Derjenige, welcher in Halberstadt vorige Woche ein Mädchen in der Plantage belästigte, ist ermittelt; es ist ein hiesiger Vertreter der Schloßer. — Als der Heizer Hellwig Sonntag vormittag auf der Grube „Gertrud“ der Gewerkschaft Erantenstein aus dem Kesselhaufe treten wollte, um Asche und Schlacken auf die Halle, die mit Eis bedeckt war, zu streuen, fand im selben Augenblicke eine Explosion statt, wodurch Hellwig zwei Meter weit hinweggeschleudert wurde. Knöchelbruch und Verbrennung sind festgestellt. — In Leopoldsdorf stehlen Diebe in letzter Zeit häufig nachts die auf Seinen zum Trocknen aufgehängte Wäsche im Salinenterrain; verdächtig dieser Verbrechen sind zwei Personen. — In Wernigerode wurde in der Schmahfelder Straße ein mit dem „Apfelsinenorden“ geschmückter Mann wegen Bettelns verhaftet, in dem man einen Einbrecher entdeckt zu haben glaubt. —

Aus der Parteibewegung.

ac. Der nächste Parteitag der sozialistischen Partei Belgiens wird nach Beschluß des am 26. März zusammengetretenen Generalrats bereits die nächsten Osterfeiertage, den 30. und 31. März d. J., stattfinden. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die politische Lage, das allgemeine Stimmrecht und das Stimmrecht der Frauen. —

Der Parteiausschuß in Nürnberg beschloß, als Kandidaten für die Landtagswahl den Privatier Flurer aufzustellen. —

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung.

Achtung, Former! Den Formern will die Eisengießerei und Maschinenfabrik von Rob. Spieß Söhne in Wahren Accordarbeit aufzwingen, nachdem sie in der letzten Zeit wiederholt Lohnabzüge vorgenommen hat. Die Former sind entschlossen, jede weitere Verschlechterung ihres Arbeitsverhältnisses energisch zurückzuweisen. Die Firma wird wahrscheinlich versuchen, fremde Former heranzuziehen, aber mit ihren Verhören infolge des Solidaritätsgefühls der Former kein Glück haben. —

Der Seidenweberstreik in Rheinfelden dauert fort. In der vergangenen Woche sind einige „Arbeitswillige“ ebenfalls zu den Streikenden getreten und sind nun insgesamt 46 Frauen und 68 Männer im Ausstand. —

Die Kieler Bauarbeiter haben am Freitag ihren Arbeitgebern folgende Forderungen unterbreitet: Für das nächste Jahr, also für die Zeit vom 1. März 1902 bis 1. März 1903 Erhöhung des Stundenlohnes auf 60 Pfg. unter Beibehaltung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit. Für das folgende Jahr Erhöhung des Stundenlohnes auf 63 Pfg., verbunden mit Einführung der 9 stündigen Arbeitszeit. —

Kleine Chronik.

Ditelbischer Polizeiergeant
Die Strafkammer in Thorn verurteilte den Polizeiergeanten Friedrich Deß aus Culm wegen unerlaubter Verhaftung und Freiheitsentziehung — Deß hatte eine Arbeiterin ohne Grund verhaftet und eine Nacht in Haft gehalten — zu einem Jahr Gefängnis und nahm ihn sofort in Haft. Bevor Deß abgeführt wurde, zog er einen Revolver und feuerte im Gerichtssaal einen Schuß ab, ohne jemand zu treffen, worauf Zuschauer und Richter hinausliefen. Nun richtete Deß die Waffe gegen sich selbst; bevor er aber abdrückte, griff ihm der Gendarm Kirstein in die Waffe und erzwang sie ihm. Darauf wurde Deß dingfest gemacht und abgeführt. —

Hochwasser in Amerika.
Die Staaten zwischen dem Mississippi und dem Atlantischen Ocean sind von Hochwasser heimgesucht. In manchen Orten ist großer Schaden verursacht worden, namentlich in Paterson (New Jersey), wo kürzlich ein Brand schwere Verheerungen anrichtete und nunmehr das Wasser die Straßen überflutet, so daß mehrere Menschen ertrunken sind und der Verkehr unterbrochen ist. Von der Stadt Elmira steht die Hälfte unter Wasser. Der Eisenbahnverkehr ist selbst auf den größten Linien fast total unterbrochen. —

Kleine Tageschronik. In Bremen brach am Montag im Badhaus der Firma Feldhuzen und Theobald Feuer aus, das zwei Böden durchbrannte und eine Menge dort gelagerten Tabaks vernichtete. Der Schaden ist noch nicht festzustellen. — In einem Gefäß

in der Nähe von Hagenau bei Straßburg t. C. erschoss sich Hauptmann Red vom 1. uferst. Feldartillerieregiment Nr. 31. — In Griesheim schlug der Invalidenpensionär Scharlach seine Hauswirtin mit einem schweren Hammer auf den Kopf. Die Frau wurde lebensgefährlich verletzt ins Krankenhaus gebracht, während Scharlach sich durch einen Revolveranschuss tötete. — Das Würzburger Schwurgericht verurteilte den Bahnexpedienten Steiger, genannt Bühler, der 400 Mark Amtsgehalt unterschlug, nach Deutsch-Südwestafrika schickte und dort verhaftet wurde, zu einem Jahr acht Monaten Gefängnis. — Die Strafkammer zu Würzburg verurteilte den 34-jährigen Dr. med. Eisenbach aus Ulm wegen fortgesetzten Diebstahls zu einem Jahre Gefängnis. — In Landshut wurden auf dem evangelischen Kirchhof große Grabdenkmäler umgestürzt und arg beschädigt. — Auf dem Dortmund-Bahnhof wurden an einem Tage drei Beamte und ein Rottenarbeiter überfahren. — In Scherberg bei Nachen verunglückten bei einem Hauseinsturz drei Maurer, von denen einer tödliche Verletzungen davontrug. — Die Weichsel ist seit gestern vollkommen eisfrei. — In Spanien sind zahlreiche Flöße über die Ufer getreten und haben bedeutende Verheerungen verursacht. —

Gerichts-Zeitung.

Schwurgericht Magdeburg.

Sitzung vom 3. März.
Die erste Verhandlung der dritten Schwurgerichtsperiode richtet sich gegen den Arbeiter August Woz aus Burg. Der Angeklagte war im Herbst v. J. arbeitslos und ohne Mittel. Am 30. November erklärte ihm seine Frau, er müsse unbedingt Geld schaffen. Auf der Chaussee zwischen Burg und Niegripp stellte sich Woz in einer Feldhüterhütte unter, wie er behauptet, um sich vor dem starken Regen zu schützen. Als die siebenzigjährige schwerhörige Wotensfrau Schließ aus Roggk, von ihrem Botengange nach Burg zurückkommend, die Chaussee passierte, schloß sich der Angeklagte ihr an und ging mit ihr ganz freundlich, hielt sich aber etwas hinter ihr. Auf dem Feldwege nach Schartau hörte die Frau plötzlich einen Schuß und fühlte sich getroffen, und zwar am Ohr. Als Leute hinzueilten, lief Woz weg und warf angeblich das Pistol, aus dem geschossen war, in den Graben, verschwand dann 8 Tage lang, wurde aber schließlich doch wieder in Burg angetroffen und verhaftet. Da es sich im Laufe der Verhandlung herausstellte, daß ein Mühen anladender Ackermann in der Nähe des Thales beschäftigt war, heute aber nicht geladen ist, auch eine Augenscheinaufnahme nötig erscheint, erfolgt Veragung der Sache. —

Landgericht Magdeburg.

Sitzung vom 3. März 1902.
Ein dummer Jungenstreich. Der 14-jährige Schüler Walter Neutisch hier warf am 23. Oktober 1901 gemeinschaftlich mit zwei anderen Knaben in der Königsstraße mit Steinen gegen Häuser und gegen ein Schaufenster. Er wurde daher am 31. Dezember vom Schöffengericht wegen Verübung groben Unfugs zu 5 Mark Geldstrafe event. einem Tag Haft verurteilt. Die Berufung wird zurückgenommen. —

Epileptische Krämpfe. Die Witwe Dorothea Unger, geborne Cavalek, hier taumelte am 13. November 1901 angeblich in betrunkenem Zustande in der Jakobstraße umher und rempelte dabei verschiedene Personen an, die sich beschwerten. Sie wurde vom Schöffengericht am 6. Januar d. J. wegen Verübung groben Unfugs zu einer Woche Haft verurteilt. Die Beschuldigte legte Berufung ein und erhob den Einwand, sie leide häufig an epileptischen Krämpfen und taumele dann vorher. Dies sei auch am 13. November der Fall gewesen. Der geladene ärztliche Sachverständige bestätigte diese Angabe. Die Berufungskammer hebt daher das erste Urteil auf und erkennt auf Freisprechung. —

Marktberichte.

Magdeburg, 28. Februar. Weizen, Schirff 165—169 Mt. Sommerweizen 164—168 Mt., Rauhweizen fehlt. Roggen 144 bis 148 Mt., je nach Lage der Station bezahlt. Erste Landwaise 150 bis 155 Mt., mittlere Chevaliers und feine Landgerste 160—168 Mt. gute Chevaliers 168—173 Mt. Feinste Qualitäten bleiben über höchst. Notiz gesucht, fehlen aber fast ganz. Hafer 158—162 Mt. ab Station. gehandelt. Erbsen, Victoria 200—220 Mt. je nach Qualität. Mais nur in runder Ware zu 127—129 Mt. am Markt, für Frühjahr 124 Mt. gefordert, Mispel fehlt. —

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.	
Anstaut und Senkt.	
Straßfurt	2. März + 1.90
Troska	+ 2.30
Wilsleben	+ 2.08
Bernburg	+ 1.64
Salze, Oberpegel	+ 1.79
do. Unterpeg.	+ 1.22
Eger, Eger, Molbau.	
Jungblanzau	1. März + 0.08
Bauu	+ 0.19
Budweis	+ 0.12
Prag	+ 0.11
Milde.	
Deßau	2. März + 0.48
Mildebrücke	3. März + 0.50
Elbe.	
Badnubitz	1. März + 0.10
Brandis	+ 0.20
Melmit	+ 0.15
Leitmeritz	+ 0.09
Kußig	2. „ + 0.09
Reßden	3. „ + 0.39
Torgau	— 1.17
Wittenberg	+ 0.93
Wittenberg	+ 1.85
Hohlau	+ 1.25
Barby	+ 1.71
Schönebeck	+ 1.58
Magdeburg	+ 1.42
Zangerhüde	2. „ + 2.34
Wittenberg	3. „ + 2.16
Ödmitz, Pegel	+ 1.61
Lauenburg	+ 1.65
Oder.	
Breslau Oberpeg.	28. Febr. + 4.92
do. Unterpegel	— 0.90
1. März	+ 4.94
	— 0.83

Frankfurt a. M., 4. März. Aus Brüssel melbet die „Frankf. Ztg.“: In Gent, Alost und andern flämischen Städten finden große Meetings zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechts statt. —

London, 4. März. Gerüchtweise verlautet, Lord Salisbury habe anlässlich einer Versammlung der Delegierten der konservativen Liga erklärt, er werde im Juli demissionieren. —

Rom, 4. März. Alle konstitutionellen Parteien, einschließlich der Gruppe Rudinis, einigten sich dahin, ihre Stimmen bei der Wahl des Kammerpräsidenten auf Biancheri zu vereinigen. —

Petersburg, 4. März. Wie verlautet, hat die Regierung im Prinzip beschlossen, die Bestattung durch Feuer der Beerdigung gleichzustellen. — (Also selbst im rückständigen Rußland rafft man sich zu diesem vernünftigen Beschluß auf. Nur in Preußen kann man sich zu diesem Fortschritt nicht entschließen. Red.) —

Madrid, 4. März. In Bilbao wurden fünf Anarchisten verhaftet, darunter vier Fremde, welche aus dem Auslande eingetroffen. In St. Pamplona sind sämtliche Arbeiter in den Ausstand getreten, dagegen haben sämtliche Arbeiter in Barcelona die Arbeit wieder aufgenommen. —

Berlin, 4. März. Gestern wurde in Hannover in der Person eines gewissen Josef Anders der Dieb verhaftet, der in der von der

Geht-Strasse hier Juwelen im Werte von 75 000 Mark gestohlen hat. Er wird nach Berlin übergeführt werden. —

Berlin, 4. März. Nach einem Telegramm aus Posen wurde auf die Person von Posen nach Muzowana-Goslin ein nächtlicher Überfall verübt. Da aber eine große Geldsumme beschützt wurde, hatte der Räuber einen Begleiter bei sich; infolgedessen mißlang der Überfall. Einer der Verbrecher wurde verhaftet. —

Frankfurt a. M., 4. März. Aus Durlach melbet die „Frankfurter Zeitung“: In der Maschinenfabrik von Grigner hier brach gestern Abend ein Schandfeuer aus; indessen gelang es im wesentlichen, den Brand auf eine nebensächliche Dampfmaschinen-Abteilung zu beschränken. Für alle Hauptabteilungen wird das Feuer keine Betriebsstörungen zur Folge haben. —

Frankfurt a. M., 4. März. Die „Frankf. Ztg.“ melbet aus Newyork: Die Ueberflutungen schädigt die Stadt Paterson mehr als der jüngste Brand, da die meisten Industrie-Etablissements stützigen müssen. Viele Menschenleben sind verloren gegangen, 600 Familien sind obdachlos. Auch die umliegenden Fabrikorte sind sehr mitgenommen. —

Warschau, 4. März. Der hiesige Advokat Lucian Wortnowski hat Veruntreuungen in Höhe von 600 000 Rubel begangen. Arg in Mitleidenschaft gezogen wurde ein Graf Krasinski. —

Paris, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Der Gesundheitszustand Waldeck-Rousseaus ist durchaus befriedigend; aus diesem Grunde haben die Aerzte gestern kein Bulletin herausgegeben. —

Paris, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Aus Konstantinopel wird gemeldet: Der amerikanische Gesandte über-

reichte der Pforte eine Note betreffs der Freilassung von Miss Stone, in welcher die Pforte um Schadenerlass angehalten wird. Die Pforte hat das Gesuch abgelehnt. —

London, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Die Niederlage der Engländer bei Mierksdorp wird von der „Daily Mail“ als ein strategisches Meisterstück der Buren bezeichnet; dieses Ereignis erinnere an die ersten Schlachten zu Anfang des Krieges. „Daily Telegraph“ erklärt, dieser Buren Sieg wiege den letzten Erfolg Lord Kitcheners auf. Die „Times“ ist der Ansicht, daß nächst Botha General Delarey als der größte Feldherr der Buren zu betrachten sei. —

Brüssel, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Dr. Leyds ist aus Paris hier eingetroffen. —

Liverpool, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) In Marinereisen herrscht große Erregung, weil der Dampfer „Etruria“ ausgeblieben ist; er ist schon seit drei Tagen überfällig; man befürchtet eine Katastrophe. —

Paris, 4. März. (Eigener Drahtbericht.) Infolge Mißhandlung eines Arbeiters sind zwei Soldaten der Kolonialarmee in Haft genommen. Dieselben werden vor ein Kriegsgericht gestellt werden. —

Die „Neue Zeit“ Heft Nr. 22

ist soeben erschienen.

Sozialdem. Verein. Versammlung

Wittwoch:

im „Dreikaiserbund“

Heinrich Schulz referiert über: Duellunfug.

Frauen haben Zutritt.

Halberstadt. Sozialdemokratischer Wahlverein.

Öffentl. Versammlung
Donnerstag, den 6. März d. J., abends 8 1/2 Uhr,
in Bollmanns Lokal, Bakenstraße 63.

Tagesordnung:
Vortrag, Verschiedenes, Fragekasten.
Jedermann hat Zutritt. Um recht zahlreichen Besuch ersucht
2322 Der Vorstand.

Konsumverein
für Halberstadt u. Umgegend.
E. G. m. b. H. 2320

Geschäftsöffnung
Donnerstag, d. 6. März 1902
morgens 8 Uhr.

Beitrittserklärungen werden im Geschäftslokal entgegengenommen.
Konsumverein für Halberstadt u. Umgegend.
E. G. m. b. H.
Der Vorstand. J. A.: Heinrich Seidel, Geschäftsführer.

Zur Einsegnung
empfehle ich zu sehr billigen Preisen
Kleiderstoffe in schwarz, farbig und weiß
in großer Auswahl
Untertröcke verschiedenster und geschmackvollster
Ausführung.
Max Kraft
Sudenburg

Halberstadt. Pflaumenmus
anerkannt beste Qualität
offizient v. 5 Pf. an p. Pf. 15 Pf.
Gustav Köhler
Pflaumenmuskfabrik m. elektr. Betrieb
Leipzigerstraße 14. H3

135 Breiteweg 135
Möbel, Spiegel,
Polsterwaren
zu bedeutend herabgesetzten
Preisen.

50 Sofas, 75 gut polsterte Bettstellen mit Matratzen, ca. 200 Spiegel u. Trumeaus, sowie echt unabh. u. birk. Möbel in großer Auswahl. 2319
Mache nochmals auf die bedeutende Preisermäßigung aufmerksam.

Georg Mook
Magdeburg
135 Breiteweg 135.

Konkursmassen-
Ausverkauf

von birk. Möbeln
Kleiderschränke, Verticoids, Pfeilerschränke, echte birkene Trumeaus m. Konsolen, Spiegel in jeder Größe, Stühle aller Art, prachtvolle Steg-, Ausziehe- und Eßtische. Nur allerfeinste birkene Fournier-Arbeit zu staunenerregend billigen Preisen!!!
Rosenbergs
Konkursmassen-Ausverkauf!
Katharinenstr. 8, prt. 1/2.

Möbel u. Polsterwaren etc.
sehr billig bei 1904
Friedr. Schmidt, Tischlermstr.
Buckau, Schönebeckstr. 16.

Großer Möbel-Ausverkauf.

Wegen Umbau meiner Möbelspeicher muß das ganze Lager schnellstens geräumt werden.

Günstigste Gelegenheit für Brautpaare und Möbelverkäufer.

Größte Auswahl in:
Sesseln, Buffets, Bierständer, Trumeaus, Sofas, Bettstellen, Küchenmöbeln, Lagerschrank u. s. w. — Wo? —
Königliche Salons, Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer.
Gekaufte Möbel können frei lagern.

Möbelfabrik und Magazin
W. Schottstedt, Magdeburg
Gr. Mühlstraße 2, nahe am Breitenweg.

Möbel

Einzelne Stücke Anzahlung 5 Mk.

Anzüge

Anzahlung von 3 Mk. an

Manufakturwaren

Anzahlung auf ein Kleid von 3 Mk. an auf

Kredit

liefert das größte Waren- und Möbel-Kredit-Haus

S. Osswald

Magdeburg, Alte Ulrichsstraße 14, I.

Im Separations-Ausverkauf:

Konfirmanden-

Anzüge

Enorme Auswahl, tadelloser Sitz.

Lehmann & Arndt

Magdeburg-Neustadt, Lübeckerstr. 24, Ecke Ritterstr.

aus blau u. schwarz Cheviot
früher Mk. 10, 12, 14, 18
jetzt . 6.50, 8.75, 10, 13

aus solidem, schwarzem Kam-
garn
früher Mk. 11, 13.50, 16, 19
jetzt . 8.75, 10.25, 11.75, 14

aus Buckdrinstoffen, sehr haltbar
früher Mk. 9, 11.50 13
jetzt . 6.75, 8, 9.75

Gratis verlange man von jedem Kolporteur ein Be-
zeichnis von Meyers Volksbüchern. Zu haben in
der Buchhandlung Volksstimme.

Wichtig
für Tapezierer, Sattler und Korbmacher!

Ledertuchreste Wachstuchreste

in schwarz und allen existierenden Farben zu Polsterberzügen,
Anschlägen von Körben und Kinderwagen
zur Anfertigung von Markttafeln
usw. sind in großen Partien eingetroffen und werden, so lange der
Vorrat reicht, zur Hälfte des Wertes verkauft.

Hugo Nehab

Special-Geschäft
für Gummiwaren, Wachsluch und Linoleum
Johannisbergstr. 2

an Alte Markt
gegenüber den Rathauskolonnaden.

Staubesamt.

Magdeburg, 3. März.
Geburten: Frig und Elisabeth,
Zwillingsk. des Baggermstrs. Fern-
Pantföder. Charlotte, T. des Tisch-
breijers Otto Dornbusch. Emma,
T. des Schuhmachers Hermann Geijl.
Charlotte, T. des Buchhalters Max
Krenz. Ella, T. des Feldwebels
Wilhelm Bagmann. Erich, S. des
Schuhm. Mstrs. Anton Rade. Hans
Jochim, S. des Postsekretärs Rich.
Saalmann.

Todesfälle: Karl Sinze,
Kellner, 45 J. 11 M. 9 T. Adolf
Kuhl, Tischler, 69 J. 6 M. 19 T.
Johannes, unehelich, 1 T. Bertha
geb. Reimer, Ehefrau des Zimmerm.
Andr. Rebs, 66 J. 7 M. 14 T.
Emilie Wachsmuth, unverheh., 77 J.
1 M. 9 T. Louis Cate, Pianofort-
händler, 70 J. 3 M. 19 T. Erich,
S. des Arbeiters Karl Weimide,
3 M. 18 T. Anna, T. des Maurers
Otto Wendel, 1 J. 4 M. 11 T.
Otto, S. des Fleischers Karl Lange,
3 J. 22 T.

Totgeburt: T. des Tapezier.
Karl Danforth.

Seuburg, 3. März.
Aufgebote: Postbote Wilhelm
Karl Braune mit Marie Auguste
Wilhelmine Olga Wöhr hier.
Königl. Schatzmann Anton Richard
Hering in Magdeburg-Neustadt mit
Auguste Marie Luise Bismarck hier.
Arbeiter Valentin Kubial mit Ww.
Christmann, Christina geb. Kauf-
mann hier.

Geburten: Hermann, un-
ehelich. Kurt, S. des Malers Karl
Ulrich.

Todesfälle: Elli, unehelich,
10 M. 10 T. Ema, unehelich, 3 M.
3 T. Hofmann Friedrich Scheite,
63 J. 5 M. 2 T.

Buckau, 1. März.
Aufgebote: Ingen. Friedrich
Breitfänger mit Margarete Rich-
ter. Arbeiter Friedrich Ebert mit
Bertha Ebert hier.

Eheschließung: Tischler
Hermann Meier mit Minnie Klapp
hier.

Geburten: Kurt und Ella,
Zwillingskinder des Arb. Albert
Weinmeister. Gertrud, T. des Arb.
Gustav Bethke. Emil, S. des Eisen-
bahnarb. Emil Mattheus. Frig,
S. des Fabrikchlovers Paul Hesse.
Ernst, S. des Hilfsbrems. Wilhelm
Wolter.

Todesfälle: Erich, S. des
Kornmachers Joh. Wittke, 13 T.
Gertrud, T. des Kaufmanns Max
Wiese in der Wilhelmstadt, 3 M.
26 T.

Neustadt, 3. März.
Aufgebote: Kaufm. August
Heinrich mit Marie
Karoline Charlotte Bient. Schnied
Joh. Herm. Aug. Helmig mit Anna
Marie Friederike Uhlisch.

Eheschließungen: Bauarb.
Hermann Schulze mit Dorothee
Emat geb. Wolf. Tischler Herm.
Schüler mit Elise Böhm.

Geburten: Erna, T. des
Schlossers Hugo Kühn. Ella, T.
des Fabrikarbeiters Friedr. Albrecht.
Wilhelm, S. des Fleischermeisters
Gustav Stoeter. Ella, T. des
Machinisten Friedr. Sußl. Erna,
T. des Schuhmachermeisters Albert
Hartung.

Todesfälle: Willy, S. des
Fabrikarbeiters Rob. Galle, 4 M.
19 T. Ella Marie Ida, unehelich,
1 J. 1 M. 19 T. Klara, T. des
Berkmeisters Karl Krüger, 8 T.

Totgeburt: Ein Sohn des
Arbeiters Adolf Großhe.

Westerhagen.
Aufgebote: Glasmach. Heinrich
Theodor Karl Hermann Wiegell mit
Luise Alwine Deding. Schiffer
Otto Hermann Garz in Salzte mit
Agnes Luise Strauß von hier.
Schlosser Wilhelm August Karl
Bredow von hier mit Anna Agnes
Welter in Frohse a. C.

Eheschließung: Arb. Heinr.
Ludw. Jos. Karl Freyer mit verw.
Karoline Friederike Hoffmeier geb.
Berger.

Geburten: Mich. Frig Hubert,
S. des Glasmachers Karl Pape.
Raja Lucie, T. des Glasmachers
Heinrich Ackemann. Arthur Karl,
unehelich. Arthur Max, S. des
Glasmachers Reinh. Hanisch. Rosa
Lina Agnes, T. des Landw. David
Wille jun. Erna Dora, unehelich.
Willy Otto, unehelich. Richard
Ernst, S. des Fräfers Friedrich
Scheffel.

Todesfall: Invalide Josef
Stotta, 49 J. 6 M. 23 T.

Geburten: Otto Paul May,
S. des Arbeiters Max Müller.
Erich Wilhelm Frig, S. des
Maurers Alb. Lichtenberg. Max
Erich, S. des Tüchermeyers Jaf.
Pafel in Pechau.

Todesfall: Ludwig Walter
Gerloff in Preker, 1 M. 21 T.

Eheschließung: Kapellmstr.
Eduard Dietrich mit Nanny Käsch.
Geburten: T. des Arbeiters
Hermann Jahn. T. des Arbeiters
Theodor Reitel. S. des Arbeiters
Gustav Einbrodt. T. des Bäcker-
meisters Friedrich Gerner.

Todesfälle: Hedwig Henning,
4 M. Alwine Hoffmann, 5 J. 2 M.



Wie ein Seifentopf
riecht mancher Leinen-
schrank, weil die
Wäsche nicht mit

Dr. Thompson's Seifenpulver
mit dem SCHWAN
gewaschen ist. Damit wäre die
Wäsche blendend weiss und hätte
einen frischen Geruch.
Man verlange es überall!

Konfirmations-
Geschenke.
Handschuhe, Leinen - Tragen,
Manschetten, Broschen, Taschen-
spiegel in Bürste, Pompadours
und Täschchen, Portemonnaies,
Taschmesser, Uhrketten,
Schlipse, Hosenträger, Man-
schetten- und Vorhemdenknöpfe
und dergl. mehr. 2296
Karten, Karten, Karten.

Rud. Brüning, Magdeb.-
Buckau,
Schönebiederstr. 21, schrägüb. d. Kirche.
5 Proz. Rabatt in bar od. Sparmark.

Streng reelle Bedienung

Kinderwagen Anz. 5 Mk. an

Sportwagen Anzahl. 3 Mk. an

Grösstes Haus dieser Art am Platze

Max Meyer's Kredit-Haus

Breiteweg 30 Eing. Judengasse

Städtische Arbeitsnachweisstelle

Unentgeltlich. Bei der Hauptwache Nr. 5.
Magdeburg. Vermittlung auch nach außerhalb.
Fernsprechanruf: Rathaus Nr. 2150-2155.
Männliche Abteilung: 8-12 Uhr vorm. und 3-6 Uhr nachm.
Weibliche 10-1 4-7
Kostenlose Vermittlung von männlichen und weiblichen Arbeits-
kräften, sowie feinerem Personal nach hier und auswärts.

Stellung suchen:

Viele gelernte und ungelernete Arbeiter, Kutscher, Hausdiener, Haus-
und Laufburgen, ferner Mädchen für alles mit und ohne Kochkenntnisse,
Kindermädchen, Kinderfräuleins, Aufwartungen und Wäschrinnen.

Es werden gesucht:

Küchliche Köchinnen und Hausmädchen, Mädchen für alles, Kindermädchen,
Landwirtschaftlerinnen, einj. Stützen und Kinderfräuleins.

Schloßern und Drehern
Stefere ich Holzfuß zum Selbstanfert.
von kleinen Dampfmaschinen und
Geblästmotoren. 715

— Preisliste gratis. —
Ernst Beckmann
Vielefeld-G., Bülowstraße.

2321 **Mittwoch:**
Frische Wurst

und
Sonnabend u. Sonntag:
Warme Knoblauchwurst und
Pöfelfleisch
empfehlen

E. Glaser, Zimmermann-
straße 10.

la. Sauerkohl à Pfd. 4 Pfg.
Schnittbohnen à Pfd. 13 Pfg.
Saure Gurken 3 Stück 10 Pfg.
Lüneburgerstr. 30.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften

Unentgeltliches Anknüpfungsbureau

Fernsprech-Anschluß 1409.

Nur Werktags geöffnet: Vorm. 9-1 Uhr, nachm. 3 1/2-7 1/2 Uhr.
Kl. Klosterstr. 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts.
Kostenlose Arbeitsvermittlung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber beiderlei
Geschlechts sowie kostenlose Auskunft in Sachen der Unfall-, Inva-
liditäts- und Kranken-Versicherung, Privatsachen, Armenrecht, Miets-
verhältnisse, Dienstboten-, Lehrlings- und Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

Vorzügl. Tinte empfiehlt die
Buchhandlung Volksstimme.

Restaurant

gr. Stadt, g. Lage z. Berk. Umsatz
monat. 12 T. hell, oh. dunkl., t. aber
bedeut. höher geb. werd. weil Frig,
unverheir. Miete mit gr. Wohn-
1000 Mk. für 360 Mk. abvermietet.
3. Lebern. 2000 Mk. erforderlich,
welche Käufer selbst besigen müssen.
D.F. u. M. N. 716 a. d. Exp. d. Bl.

Küchenzettel des
Lehrerinnen- und Damenheims
Neuweg 1/2.

Mittwoch: Brühsuppe mit Reis,
Eierkuchen und Heidelbeeren oder
Fier-Weier-Milchsuppe, Prinzge-
fartoffeln und Saucischn.

Donnerstag: Vegierte Suppe oder
Brotweinsuppe, Schweinebraten
und Macaroni oder Salzkar-
toffeln und Schmorlohl.

Freitag: Fringsenuppe, Sauerkohl,
Salzkartoffeln u. Pöfelfleisch oder
braune Brühsuppe, geschmorte
Leber und Kartoffelbrei.

Sonnabend: Brühsuppe mit Nudeln,
Augenhahner und Salzkartoffeln
oder weiße Bohnensuppe, Kind-
fleisch, Salzkartoffeln und Meer-
rettigauce.

Küchenzettel
der Magdeburger Volksküchen
Hauptwache 5 und Neustadt,
Schmidtstraße 61.

Mittwoch: Wirfingtohl mit Kind-
fleisch.

Donnerstag: Weiße Bohnen mit
Kindfleisch.

Freitag: Kartoffelbrei mit Leber.
Sonnabend: Graupensuppe mit
Kindfleisch.

Aufforderung!

Der bekannte Maurer mit blon-
dem Bart, welcher am Dienstag
mit einem Handrollwagen vom
Lagerplatz Große Diebstorfstr. 249
Rüstung entnommen hat, wird auf-
gefordert, bis Dienstag abend 5 Uhr
dieselbe zurückzuschaffen, da sonst
Strafantrag gestellt wird. 711

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 6. März 1902.
Alt Seidelberg.
Schauspiel in 5 Aufzügen v. Wilh.
Meyer-Förster.

Walhalla

Heute Mittwoch
3. Gastspiel
Madame

Ada Colley

ferner
Fritz Steidl

und das
neue amüsante
Specialitäten-
Programm!!!!

Konfirmandenanzüge

fertig und nach Maß
in neuesten Dessins und hocheleganter Ausführung 2328
9, 12, 14, 16, 18, 20, 22, 23, 24, 25 bis 35 Mk.

Jünglings- und Burschen-Anzüge

aus praktischen und dauerhaften Stoffen
7, 8, 9, 10, 12, 14, 15, 18, 20 bis 28 Mk.

Heinrich Casper

Special-Haus für moderne Herren- und Knaben-Kleidung

133 Breiteweg Magdeburg Breiteweg 133